Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streisand,
in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien, bei G. L. Daube & Co. Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank."

Nr. 667.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 23. September
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Berlin, 21. September. Der Baumeister Wodrig ist als Lokal-Baubeamter der Militär-Verwaltung in Breslau vom 1. Oktober cr. ab definitiv angestellt. Der Gymnasiallehrer Johann Josef Akens zu Emmerich als Oberlehrer an das Gymnasium in Trier berufen worden.

Das Verhältniß der Fortschritts-Partei zur nationalliberalen Partei bei den bevorstehenden Wahlen

wird von unserem berliner Σ-Korrespondenten, welcher den Standpunkt der Fortschrittspartei vertritt, wie folgt dargelegt:

Das Verhältniß der Fortschrittspartei zur nationalliberalen Partei bei den bevorstehenden Wahlen ist besonders in der Polemik zwischen konservativen und nationalliberalen Organen zum Gegenstand eingehender Betrachtungen gemacht worden. Die Fortschrittspartei selbst hat anscheinend wenig Neigung über dieses Thema zu philosophiren; dem aufmerksamen Beobachter aber kann es nicht entgehen, wie bei den Wahlvorbereitungen in verschiedenen Theilen des Landes innerhalb der Fortschrittspartei nach ziemlich übereinstimmenden Grundsätzen der nationalliberalen Partei gegenüber verfahren wird. Die Fortschrittspartei ist eine selbstständige Partei und will eine solche bleiben. Diese Selbstständigkeit ist gerade in der verflossenen Legislaturperiode in einer Reihe hochwichtiger Fragen auch den Nationalliberalen gegenüber zum Ausdruck gekommen; wir erinnern nur an die Ablehnung der Synodalordnung, der Provinzialordnung, des Reichseisenbahnprojekts, des Reichsmilitärgesetzes, die Ausschließung der Geistlichen vom Standesamt. Unbeschadet dieser verschiedenen Stellung im Einzelnen ist sich die Fortschrittspartei vieler und großer gemeinsamen Ziele mit der nationalliberalen Partei bewußt, wie ja auch die Letztere 1866 aus ihr hervorgegangen ist. Das Bewußtsein gemeinsamer Interessen mit der nationalliberalen Partei konnte nur gekräftigt werden durch den Angriff, welchen Fürst Bismarck in der Strafgesetznovelle auf die gemeinsamen freiheitlichen Errungenschaften der letzten Jahre einleitete. Gleichmäßig mit der nationalliberalen Partei ist die Fortschrittspartei verpflichtet für die gemeinsam erkämpfte neuere liberale Gesetzgebung auf wirthschaftlichem Gebiete einzustehen gegen Verdächtigungen, Interessenvertretungen, reaktionäre Bestrebungen und demagogische Hetzvereine, wie sie jetzt in der verschiedensten Form zum Vorschein kommen. Die unklare Stellung, welche der Reichskanzler zu vielen Bestrebungen dieser Art einnimmt befördert mit dem Bewußtsein gesteigerter Gefahr den engeren Anschluß. Auch im Landtage sind daher beide Parteien in den letzten Stadien der Städteordnung und des Kompetenzgesetzes Hand in Hand gegangen. Die Fortschrittspartei ist für die Nationalliberalen im Parlament und in der Presse eingetreten, als dieselben zum Gegenstand unwürdiger Verdächtigungen gemacht wurden. Die Nationalliberalen ihrerseits haben sich an die Seite der Fortschrittspartei gestellt, als jüngst der Minister Eulenburg durch seine Provinzialkorrespondenz die Fortschrittspartei angreifen ließ. So sehr die augenblickliche politische Situation hiernach die beiden Parteien auf ein Zusammenwirken hinweist, so fordert die Eingangs betonte Verschiedenheit der Parteien an sich doch insbesondere die Fortschrittspartei als die numerisch kleinere auf, auch bei den bevorstehenden Wahlen die Selbstständigkeit ihrer Organisation nicht außer Acht zu lassen. Ein formelles Wahlbündniß der beiden Parteien besteht nicht, jede Partei hat ihr besonderes Zentralkomite, dieselben stehen indeß wie 1873 mit einander in freundlichen Beziehungen und tauschen gegenseitig Mittheilungen über einzelne Wahlkreise aus. Die Fortschrittspartei organisirt sich insofern überall selbstständig, als auch dort, wo sie nach Außen und mit den Nationalliberalen vereinigt als „liberale Partei" auftritt, darauf gehalten wird, daß sie durch erklärte Parteimänner in den Wahlkomite's vertreten ist und beim Vorhandensein entsprechender Persönlichkeiten mindestens Einer unter mehreren Abgeordneten desselben Wahlkreises verpflichtet wird, der parlamentarischen Fortschrittspartei beizutreten.

Auch eine gegenseitige Verpflichtung den Besitzstand in den Wahlkreisen zu wahren besteht nicht. Dieselbe ist auch schon darum unmöglich, weil bei jeder Neuwahl der Verzicht bisheriger Abgeordneten auf Wiederwahl einzelne Wahlkreise veranlaßt aus rein persönlichen Gründen Nationalliberale mit Fortschrittsmännern zu vertauschen oder umgekehrt. Eine Erhaltung des gegenseitigen Besitzstandes kann auch schon darum nicht Gegenstand der Abmachung sein, weil die liberalen Parteien in ihrer Gesammtheit nach Ansicht der Fortschrittspartei — welcher die nat. lib. BAC-Korrespondenz vollständig beistimmt — beim Wahlkampfe auf neue Eroberungen angewiesen sind. Je schwankender und unzuverlässiger die Haltung der Regierung sich gestaltet, um so nothwendiger wird eine Verstärkung der zur Zeit nicht sehr erheblichen liberalen Majorität insbesondere auch für solche Fälle, wo wie beim Unterrichtsgesetz konservative und klerikale Interessen solidarisch verbunden den liberalen Anforderungen entgegenstehen. Wollten die liberalen Parteien sich umgekehrt nur auf die Defensive beschränken, so würde eine Verminderung ihres Besitzstandes das wahrscheinliche Ergebniß des Wahlkampfes sein. Es liegt in den Verhältnissen, daß die gemeinsam eroberten Mandate ganz oder vorzugsweise der nationalliberalen Partei zuwachsen. Um so weniger kann es dieselbe verübeln, wenn die Fortschrittspartei behufs Erhaltung ihrer relativen Stärke innerhalb der Gesammtheit der liberalen Parteien in den schon 1873 gemeinsam eroberten Wahlkreisen darauf dringt, bei eintretenden Vakanzen an den Mandaten ihrer Stärke gemäß betheiligt zu werden. Drängt die Regierung wie jetzt nach Rechts, so erheischt das gemeinsame liberale Interesse eher eine relative Stärkung als eine Schwächung der linken Seite innerhalb der liberalen Parteien. Dieses Gefühl beherrscht augenscheinlich auch die liberalen Wahlkreise, wenigstens ist bei eintretenden Vakanzen in liberalen Wahlkreisen die Nachfrage nach Kandidaten der Fortschrittspartei eine gegenwärtig sehr erhebliche. Wenn im Gegensatz hierzu die NLC-Correspondenz die freikonservative Partei „nicht schwächen lassen will", sondern die Freikonservativen, als gleichwerthe Nachbarn wie die Fortschrittspartei ansieht, so mag dies der persönlichen Stellung einiger Abgeordneten vom rechten Flügel entsprechen, welche sich die Möglichkeit offen halten möchten, beide Parteien gegen einander auszuspielen, um dabei desto sicherer die Entscheidung zu behalten. Der nationalliberalen Partei im Ganzen entspricht es, wie die BAC-Correspondenz deutlich zu erkennen giebt, durchaus nicht die Grenzen zwischen liberal und konservativ verwischen zu lassen. Die NLC müßte von diesem Standpunkte aus folgerichtig sogar ein Wachsthum der eigenen Fraktion, durch welche die Entscheidung mehr in die Mitte derselben fällt, zu hintertreiben suchen. Die Freikonservativen sorgen übrigens schon selbst dafür, daß die NLC solche Taktik nicht innehalten kann, indem sie aus eigener Initiative — der Fürst Carolath bedient sich dabei seines Forstmeisters als Herold — die bisherigen Kompronisse kündigen. Die gesammte politische Situation vertieft, wie die BAC-Correspondenz treffend ausführt, die Gegensätze zwischen Liberal und Konservativ. Wer in dieser Strömung die Mitte zu halten sucht und sich weigert, mit der übrigen liberalen Partei gegen die Konservativen in allen Schattirungen den Kampf energisch aufzunehmen, läuft Gefahr von Links und Rechts Schläge zu bekommen und hat schließlich die Gesammtkosten des Wahlkampfes zu tragen.

Die Fortschrittspartei wird auf den skizzirten Grundlagen bemüht sein auch mit dem sog. rechten Flügel der Nationalliberalen Frieden zu halten. Sie wird aber wo sie angegriffen wird rücksichtslos und energisch den Kampf aufnehmen. Ein solcher Angriff ist in Schleswig-Holstein verübt worden. Man darf die Herren Wallichs und Römer daselbst freilich nicht den Abg. Miquel, Bennigsen, Wehrenpfennig gleichstellen; es sind rechte und echte Konservative, welche es seither nur für gut gefunden haben unter nationalliberaler Firma aufzutreten. Wie die Herren in ihren Wahlreden offen aussprachen, sind ihnen die Reformen zur Selbstverwaltung und das Streben nach parlamentarischer Regierung ein Greuel, sie stimmen der Provinzial-Korrespondenz in ihren Angriffen auf die Fortschrittspartei bei, bezeichnen Lasker als Doktrinär und Verführer, öffnen ihre Wahlkreise unbedenklich Freikonservativen und sogar Deutsch-Konservativen, sind mit einem Wort das verkörperte Ideal des Landraths von Knobloch. Mit derartigen Pseudoliberalen will die Fortschrittspartei keinen Frieden halten, sie hält sie für schädlicher noch als Konservative und wird sie, wo sie in Schleswig-Holstein und vereinzelt noch anderswo vorkommen und ihr erreichbar sind, in erster Reihe zum Ziel des Angriffs machen.

Die Organisation der obersten Reichsbehörden.

Bekanntlich ist dem Bundesrath mit den Etats für das erste Quartal 1877 eine Denkschrift über die Organisation der obersten Reichsbehörden vorgelegt worden. Unser berliner △-Korrespondent hat daraus in den letzten Tagen die wichtigsten Punkte bereits mitgetheilt. Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes geben wir nachstehenden Wortlaut dieser Denkschrift, der uns heut in der „Nat-Ztg." begegnet, und zwar wie folgt:

Im Jahre 1867 wurde das „Bundeskanzler-Amt" errichtet als eine Behörde für die dem Bundeskanzler obliegende „Verwaltung und Beaufsichtigung der durch die Verfassung zu Gegenständen der Bundesverwaltung gewordenen, bezw. unter die Aufsicht des Bundespräsidiums gestellten Angelegenheiten. (Allerhöchster Präsidialerlaß vom 12. August 1867, Bundes-Gesetzbl. S. 29.)

Diese Einrichtung, wonach mit Ausnahme der auswärtigen sämmtliche, unter Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers zu erledigenden Geschäfte (vergl. Bundes-Gesetzbl. von 1867 S. 328) der oberen Leitung einer einzigen Zentralbehörde unterstellt waren, genügte für die erste Zeit dem Bedürfniß.

Die Geschäfte des Bundeskanzler-Amts wuchsen aber an Umfang und Bedeutung in demselben Maße, in welchem die Thätigkeit des Bundes sich entwickelte und sich auf die einzelnen durch Artikel 4 der Verfassung der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Bundes überwiesenen Gegenstände erstreckte. Das Fortschreiten der Bundesgesetzgebung stellte dem Bundeskanzler-Amt nicht nur durch die Vorbereitungsarbeiten zu Gesetzen immer neue Aufgaben; auch durch die Ausführung der erlassenen Gesetze vergrößerte sich allmälig der Wirkungskreis der Bundesverwaltung weit über die anfänglichen Grenzen hinaus.

Von dem größten Einfluß auf die Stellung und die Geschäftslast des Bundeskanzleramts waren sodann die politischen Ereignisse der Jahre 1870 und 1871. Die Gründung des Reichs dehnte die Zuständigkeit des Amts auf das Gebiet der süddeutschen Staaten aus. Das von demselben zu verwaltende Finanzwesen gewann eine größere Ausdehnung und eine komplizirtere Gestalt. In der Bearbeitung derjenigen elsaß-lothringischen Landesangelegenheiten, welche die Thätigkeit des Reichskanzlers in Anspruch nehmen, und in der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen erwuchsen der Reichs-Zentralbehörde neue, ihrem bisherigen Wirkungskreise fremde Aufgaben.

Gleichwohl wurde nach Errichtung des Reichs nur der Name dieser Behörde geändert (Allerhöchster Erlaß vom 12. Mai 1871, betreffend die Abänderung der bisherigen Bezeichnung „Bundeskanzler-Amt" in „Reichskanzler-Amt"; Reichs-Gesetzbl. S. 102). Eine Trennung und selbstständige Organisation der im Reichskanzer-Amt vereinigten Verwaltungszweige fand zunächst nicht statt.

Inzwischen hat die Reichsgesetzgebung weitere Theilung des durch die Reichsverfassung ihr zugewiesenen Gebiets ergriffen (es sei hier nur an die Justizgesetzgebung, an die Reform des Münz- und Bankwesens erinnert) und es vermehrte sich dadurch abermals die dem Reichskanzler-Amt obliegende Geschäftslast in hohem Maße.

Unter solchen Umständen mußte sich allmälig das Bedürfniß fühlbar machen, auf eine Entlastung des Reichskanzleramts und eine gesonderte Entwickelung einzelner Zweige der zentralen Verwaltung Bedacht zu nehmen. In dieser Richtung wurde durch das Gesetz vom 27. Juni 1873 eine dem Reichskanzler unmittelbar unterstellte Zentralbehörde für die Wahrnehmung des Aufsichtsrechts des Reichs über die Eisenbahnen geschaffen. Es wurde ferner durch kaiserliche Verordnung vom 22. Dezbr. 1875 (Reichsgesetzbl. S. 379) auf Grund des Reichs-Haushaltsetats für das Jahr 1876 die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens von dem Ressort des Reichskanzleramts getrennt und die Leitung derselben unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers dem Generalpostmeister übertragen.

Durch die Abzweigung der genannten Verwaltungen erfuhr der Geschäftsbereich des Reichskanzleramts zwar eine Verminderung, aber der dem Reichskanzleramt verbliebene Wirkungskreis ist noch immer außerordentlich groß; er umfaßt verschiedene, ihrer Natur nach nicht zusammengehörige und deshalb zur Vereinigung bei einer einzigen Behörde an und für sich nicht geeignete Verwaltungszweige, welche zugleich von solcher Wichtigkeit sind und eine so bedeutende Arbeitslast mit sich bringen, daß eine weitere selbstständige Organisation einzelner Abtheilungen des Reichskanzleramts schon im Interesse einer sachgemäßen, zugleich gründlichen und raschen Erledigung der Geschäfte wünschenswerth erscheint.

Das Bedürfniß nach einer solchen Umgestaltung trat weniger hervor, so lange an der Spitze des Reichskanzleramts ein Mann stand, der bei der Entwickelung der Gesetzgebung und der Verwaltungsthätigkeit des Norddeutschen Bundes und des deutschen Reiches von Anfang an in der eingehendsten Weise mitgewirkt hatte und der deshalb mit allen zu dem Geschäftskreise des Reichskanzleramts gehörigen Gegenständen bis zu den Einzelheiten vertraut war.

Neuerdings aber hat der im Präsidium des Reichskanzleramts eingetretene Personenwechsel den Anlaß zur Prüfung der Frage gegeben, ob nicht der Zeitpunkt zur Herstellung weiterer selbstständiger Reichsverwaltungsbehörden gekommen sei. Diese Frage konnte nur bejaht werden. Die als zweckmäßig erkannten Aenderungen sind aus dem vorliegenden Etat ersichtlich. Sie beruhen auf folgenden Erwägungen:

Wenn die der Reorganisation zu stellende Aufgabe darin zu suchen ist, daß einer jeden dem Reichskanzler unmittelbar unterstellten Zentralbehörde möglichst gleichartige Aufgaben zugewiesen werden, so ergiebt sich die Grundlage der Umgestaltung aus der Entwickelung, welche die Geschäfte des Reichskanzleramts bisher genommen haben.

Unter den Verwaltungszweigen, die dem ursprünglichen Wirkungskreise des Reichskanzleramts erst im Laufe der Zeit hinzutraten, sind es hauptsächlich zwei, welche sich, ihrer Natur nach, zu einer besonderen, in sich abgeschlossenen Organisation eignen, nämlich:

1) die Aufgaben, welche dem Reiche durch die Ausdehnung seiner Gesetzgebung auf das Justizwesen erwachsen, und
2) die durch die Ereignisse von 1870/71 dem Reichskanzleramt zugebrachte Mitwirkung bei der Landes- und Eisenbahnverwaltung in Elsaß-Lothringen.

Jeder dieser beiden Verwaltungszweige, für welche bereits besondere Abtheilungen des Reichskanzleramts eingerichtet sind, ist so umfassend und wichtig, daß für denselben die Abzweigung vom Reichskanzleramt und eine selbstständige Organisation nach Analogie der für das Postwesen schon bestehenden gerechtfertigt und geboten erscheint.

Der vorliegende Etat sondert deshalb aus dem bisherigen Etat des Reichskanzler-Amts selbstständige Etats für das Reichs-Justiz-Amt und für die Verwaltung der Reichslande aus und bringt auf jeden der beiden ausgesonderten Etats das erforderliche Beamtenpersonal, sowie die Fonds zu persönlichen Ausgaben in dem nach Bedarf verstärktem Umfange. Von einer Trennung der sachlichen Fonds ist nur deshalb vorläufig abgesehen worden, weil erst durch die für jetzt noch nicht ausführbare Trennung der Dienstlokale die Voraussetzungen für gesonderte Veranschlagung und Verwaltung der sachlichen Fonds geschaffen werden.

An die Spitze des Reichs-Justiz-Amts ist, der Bedeutung der demselben obliegenden Aufgaben und dem höheren Maße von verantwortlicher Selbstständigkeit entsprechend, ein Staatssekretär gestellt. Eine weitere Vermehrung des Personals an Mitgliedern (1 Direktor, 4 vortragende Räthe und 2 ständige Hilfsarbeiter) ist gegenüber dem bezüglichen Personalbestande der Justizabtheilung des Reichskanzler-Amts nicht vorgesehen. Es ist vielmehr davon ausgegangen, daß eine systematische Heranziehung ausgezeichneter Hilfskräfte zu vorübergehender Mitwirkung bei den Aufgaben des Reichs-Justiz-Amts der Natur dieser Aufgaben mehr entspricht und ihrer Lösung förderlich sein wird, als die Verstärkung des ständigen Personals.

Um diese Art der Geschäftsführung zu ermöglichen, ist neben dem Fonds der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuches ein Dispositionsfonds zur Annahme von Hilfsarbeitern ꝛc. von 30,000 Mark jährlich in Aussicht genommen.

Für die Verwaltung der Reichslande mußte ein etwas größeres Personal aus dem bisherigen Etat des Reichskanzler-Amts abgezweigt werden, als es der Berechnung des Beitrags zu Grunde liegt, welchen Elsaß-Lothringen etatsmäßig zu den Kosten des Reichskanzler-Amtes leistet, da auf dieses Personal der ganze Wirkungskreis der bisherigen Abtheilung für Elsaß-Lothringen, also auch die obere Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen, für welche jene Vergütung nicht berechnet ist, übergehen wird. Es sind hierbei bisher schon zwei vortragende Räthe und ein ständiger Hülfsarbeiter beschäftigt gewesen. Außerdem mußte mit Rücksicht auf den wachsenden Umfang der Geschäfte, sowie darauf, daß die Mitwirkung von Räthen der bisherigen Zentralabtheilung, sowie der Justizabtheilung bei verschiedenen elsaß-lothringischen Angelegenheiten, namentlich bei den Justitiariatsgeschäften, künftig in gleichem Umfange nicht mehr in Anspruch genommen werden kann, ein vortragender Rath in Zugang gestellt werden.

Die Umwandlung der Stelle des Direktors der bisherigen Abtheilung des Reichskanzler-Amts für Elsaß-Lothringen in die eines Unterstaatssekretärs mit entsprechend bemessener Kompetenz war durch die demselben mit der größeren Selbstständigkeit auferlegte größere Verantwortlichkeit geboten.

Aus den dem Reichskanzleramt nach diesen Abzweigungen verbleibenden Geschäften sondert sich als äußerlich fest abgeschlossene und ihrer Natur nach besondere technische Spezialkenntnisse erfordernde Gruppe, die der Reichs-Finanzverwaltung aus. Im Interesse der organischen Gliederung des Dienstes und der Entlastung der oberen Leitung empfiehlt es sich, für die Geschäfte der Finanzverwaltung eine besondere Finanzabtheilung unter besonderer Leitung zu bilden, neben welcher die Zentralabtheilung für die übrigen, dem Reichskanzleramt zugewiesenen Angelegenheiten bestehen bleibt.

Da es für den Präsidenten des Reichskanzleramts wegen des Umfangs der Geschäfte unmöglich ist, alle unter der Firma desselben ergehenden Erlasse selbst zu zeichnen, so liegt es im Bedürfniß, daß ihm ein Unterstaatssekretär zur Seite stehe, dem dessen ständige Vertretung und die Sorge für sachliche und formelle Uebereinstimmung in allen von den beiden Abtheilungen des Reichskanzleramts ausgehenden Erlassen und Verfügungen obliegt. Derselbe wird zugleich die Geschäfte des Direktors der Zentralabtheilung wahrnehmen. Mit Rücksicht hierauf ist die Stelle eines Unterstaatssekretärs neu auf den Etat gebracht, während die auf dem Etat verbleibende Direktorstelle die für die Finanzabtheilung bestimmte ist. Bei Bemessung der Gehalte der beiden Unterstaatssekretäre ist auf die besonderen Verhältnisse Rücksicht genommen, welche durch die beschränkte Zahl der im Ressort des Reichskanzleramts vorhandenen höheren Dienststellen zum Nachtheil der Reichsbeamten hervortreten und eine gewisse Ausgleichung gegenüber den im Dienst der Einzelstaaten sich darbietenden Vortheilen erheischen. Die Nothwendigkeit einer solchen Ausgleichung hat sich in allen Anstellungsfragen seit dem Bestehen des Reichskanzleramts praktisch fühlbar gemacht. Die Vermehrung der dem Reichskanzleramt verbleibenden Zahl der vortragenden Räthe um eine Stelle rechtfertigt sich durch die fortdauernde Geschäftsvermehrung, welche sich in nächster Zeit, namentlich auch auf dem handelspolitischen Gebiet, geltend machen wird.

Sollten in Folge der Vertheilung des gegenwärtigen Personals des Reichskanzleramts auf drei selbstständige Etats in Zukunft für einzelne der betheiligten Beamten Härten in Betreff ihrer Aszension in den Gehaltssätzen eintreten, so würde auf eine Ausgleichung derselben, eventuell durch persönliche, künftig wegfallende Zulagen Bedacht zu nehmen sein.

Das bisher etatsmäßige Personal der Büreau-, Kanzlei- und Unterbeamten ist nach Maßgabe der bisherigen Geschäftseintheilung auf die drei Etats vertheilt. Endlich hat das geschäftliche Bedürfniß eine geringe Vermehrung der Stellen erforderlich gemacht. Es sind im Ganzen 2 Büreau-Assistentenstellen in solche für expedirende Sekretäre ꝛc. umgewandelt, 3 expedirende Sekretäre ꝛc., 1 Assistent, 1 Kanzlei-Sekretär und 1 Bote in Zugang gestellt.

Deutschland.

D. N. **Berlin**, 21. September. Ueber den gegenwärtigen Standpunkt der Zuckersteuerfrage gehen uns von bestunterrichteter Seite folgende Mittheilungen zu: Nachdem auf der pariser September-Konferenz eine Einigung zwischen den Delegirten der Konferenzstaaten nicht erzielt worden ist, haben die letzteren ihren Regierungen Bericht erstattet. Von Seiten derselben ist nun der Wunsch ausgesprochen worden, zu untersuchen, ob es nicht angemessen wäre, entsprechend dem von Holland geäußerten prinzipiellen Wunsche zu den ferneren Konferenzen auch die übrigen Staaten der Konvention von 1864, namentlich Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien einzuladen, da es nur auf diesem Wege möglich wäre, die bei den letzten Berathungen hervorgetretenen Unebenheiten zu beseitigen. Für jeden Fall ist jedoch der 5. Dezember d. J. als der äußerste Termin für die nächste Konferenz der Delegirten angenommen worden. Auf deutscher Seite ist jedoch allem Anscheine nach wenig Geneigtheit vorhanden, einer diesbezüglichen Einladung zu folgen, da eine etwaige Betheiligung nicht den mindesten Nutzen verspricht. Es dürfte den deutschen Interessen mehr entsprechen, die Einfuhr französischen Zuckers einfach zu verbieten, wie dies auch von fachmännischer Seite bereits beantragt worden ist. Die Verhandlungen haben ergeben, daß von Seiten Englands einem etwaigen Bemühen, dem in Frankreich adoptirten höchst ungerechten System der Exportprämien entgegenzuwirken, kein Beistand geleistet werden würde. Durch das Einfuhrverbot würde aber auf Frankreich eine starke Pression ausgeübt werden, da der Import französischen raffinirten Zuckers bei uns im dreijährigen Durchschnitt nicht weniger als 221,681 Zentner beträgt.

— Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg veröffentlicht folgendes Schreiben des Kaisers:

Ich ersuche Sie, den Kreisen und Ortschaften der Provinz Brandenburg, welchen in diesem Jahre eine sehr erhebliche Einquartierungslast hat auferlegt werden müssen, meine dankende Anerkennung für die gute Aufnahme der Truppen auszusprechen und dies öffentlich bekannt zu machen.

Berlin, den 20. September 1876.

gez. Wilhelm.

An den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg.

— Der Bundesrath hielt heute (21. d.) die erste Plenarsitzung. Den Vorsitz führte der Präsident des Reichskanzler-Amts, Staatsminister Hofmann. Nach Erledigung einer geschäftlichen Angelegenheit und Wahl des Protokollführers wurde über die Bildung der Ausschüsse für das Landheer und Festungen und für das Seewesen Mittheilung gemacht und zur Wahl der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Eisenbahnen, Post- und Telegraphen, für Justizwesen, für Rechnungswesen, für auswärtige Angelegenheiten, für Elsaß-Lothringen, für die Verfassung und für die Geschäftsordnung geschritten. Hierauf wurde Mittheilung gemacht über eingegangene, den Ausschüssen zugetheilte Vorlagen. Von Vorlagen betreffend: a) Die Uebersicht des Ergebnisses des Heeres-Ergänzungsgeschäfts für 1875; b) die Nachweisung über die den Bundesstaaten bis Ende Juni d. J. überwiesenen Beträge an Reichs-Münzen wurde Kenntniß genommen. Es folgten Mittheilungen betreffend: a) die mit Großbritannien getroffene Vereinbarung über das Strandungsrecht auf der Insel Helgoland; b) die Impfanstalten in Anhalt, Bremen, Mecklenburg-Strelitz und Reuß j. L.; c) die Einlösung des Staatspapiergeldes von Bayern, Sachsen-Meiningen, Schwarzburg-Sondershausen und Reuß ä. L.; ferner Anträge, betreffend: a) den Ausschluß einer Vereinbarung mit Belgien über gegenseitigen Musterschutz; b) eine Meinungsverschiedenheit über das Eigenthumsrecht an einem Wiesenstück bei der Festung Posen; (wahrscheinlich handelt es sich um die Karmeliterwiese, auf welche der Militärfiskus Eigenthumsrechte geltend macht die von der Kommune Posen bestritten werden. — Red. d. Pos. Z.) c) die Pensionsverhältnisse mehrerer Beamten der Postverwaltung und der Landesverwaltung von Elsaß-Lothringen. Endlich wurden einige Eingaben den betreffenden Ausschüssen überwiesen.

— Die sozialdemokratische Partei rüstet sich eifriger als je zum Eintritt in den Wahlkampf, wenn auch natürlich der Schwerpunkt ihrer Agitationen lediglich in die Wahlen zum Reichstage gelegt wird. Allein, um die vielgerühmte Einigkeit unter den Sozialisten scheint es doch nicht allzu gut bestellt zu sein. Ihr befähigtster Publizist, Wilhelm Hasselmann verläßt zum 1. Oktober die Redaktion des „Neuen Sozialdemokraten" und der „Berliner Freien Presse." Er gründet, für's Erste nur für die Zeit der Wahlen, ein eigenes Organ unter dem bezeichnenden Titel: „Die rothe Fahne". Dieses Organ soll die Stelle der sozialdemokratischen Wahlflugblätter ersetzen und scheint sich, seinem Programm nach zu urtheilen, durchaus in den ausgefahrenen Geleisen des französischen Kommunismus zu bewegen, der zu den Verirrungen der Kommune führte. Man behauptet, Hasselmann sei in Unfrieden von den bisherigen Gesinnungsgenossen geschieden. Jedenfalls wird erzählt, daß der „Sozialdemokrat", bisher das einflußreichste Organ der berliner Sozialistenpartei, das bekanntlich am 1. Oktober zu erscheinen aufhören wird, seine Abonnentenzahl von 16,000 auf etwa 6000 herabgegangen sieht. Es scheint, daß sich in der sozialdemokratischen Presse starke zentrifugale Strebungen bemerkbar machen. Die angestrebte Zentralisation aller politischen und publizistischen Kräfte will sich durchaus nicht erreichen lassen. Dazu kommt, daß der Partei der offene Abfall einzelner vielgenannter Mitglieder nicht erspart blieb. Das zu mehrmonatlicher Festungsstrafe verurtheilte Vorstandsmitglied des berliner Vereins, Herr Küster, der jetzt flüchtig in der Schweiz lebt, wirft den bisherigen Genossen von Zürich aus offen den Fehdehandschuh hin und erklärt seinen Austritt aus der Partei in einer so scharf akzentuirten Weise, daß möglicherweise diese unvorhergesehene Sezession sogar auf das Wahlergebniß nicht ohne Wirkung bleibt. Wie gewöhnlich, fehlt es an Anklagen und Vorwürfen oft peinlicher Art auch in diesem Falle nicht, und das unerquickliche Schauspiel dieses inneren Parteihaders ist schlechterdings nicht geeignet, die hochgespannten Erwartungen der Führer in Bezug auf die Wahlen zu ratifiziren.

Frankreich

Paris, 20. September. Wie der „N. Z." telegraphisch gemeldet wird, theilt die „Liberté" mit, der Staatsanwalt habe die gerichtliche Verfolgung der „France", welche den angeblichen Präliminarvertrag abgedruckt hat, wegen Veröffentlichung falscher Nachrichten, die geeignet sind, den öffentlichen Frieden zu stören, eingeleitet. Andererseits wurde versichert, es sei der Verhaftsbefehl gegen den politischen Schwindler erlassen, welcher an verschiedenen Orten den angeblichen Präliminarvertrag angeboten hatte und demnach unzweifelhaft der Lieferant des in der „France" veröffentlichten Machwerks war. Hinzugefügt wird, daß diese Maßregeln direkt von der Staatsanwaltschaft verfügt worden seien, ohne einen Antrag der russischen Regierung abzuwarten. Die „France" selbst meldet hierüber noch nichts. — Wie die Habgier der Klostergeistlichkeit immer noch größer ist, als ihre vielgerühmte Schlauheit, davon liefert ein Prozeß, der eben vor dem Schwurgerichte von Caen spielte, einen höchst erbaulichen Beweis.

Der Angeklagte Girod, 64 Jahre alt, ist ein vielfach abgestraftes Individuum. Er hat sechs Jahre im Bagno von Toulon gesessen und erst im März 1875 die Strafanstanlt Clairvaux verlassen, wo er eine neue Strafe von 15 Monat Gefängniß abgebüßt hatte. Aller Subsistenzmittel bloß, aber durch den langjährigen Verkehr mit den Gefängnißgeistlichen in allen Künsten der religiösen Heuchelei und der modern klerikalen Phrase wohl bewandert, verfiel Girod auf eine Betrügerei, die ihm in der erstaunlichsten Weise und in zahllosen Wiederholungen glückte und länger als ein Jahr einen sehr komfortablen Unterhalt gewährte. Seine Opfer fand er in den verschiedensten französischen Klöstern und sonstigen religiösen Genossenschaften; sein Verfahren war immer dasselbe. Er wandte sich an den Abt eines Klosters, zuerst also, um ein Beispiel zu nehmen, an den Abt der Trappisten von Soligny (Orne) und machte ihm folgende Eröffnung: er besitze ein Vermögen von ca. 40,000 Frcs. und wolle seine Tage in stiller Beschaulichkeit im Kloster beschließen, dem er gern als Entgelt sein Vermögen vermachen würde. Um dieses zu realisiren, müsse er aber ein Haus verkaufen, welches er in Turin besitze und das mit einer Hypothek von 2000 Frcs. belastet sei, die er zuvor löschen lassen müsse; zu dem letzteren Zwecke wiederum bedürfe er einer gewissen Geldsumme, da er das Geschäft in Turin persönlich betreiben wolle: der Abt möge ihm also ein paar hundert Francs vorschießen und einen Klosterbruder nach Turin mitgeben, auf daß er nicht etwa glaube, mit einem Betrüger zu thun zu haben. Das hohe Alter und namentlich das scheinheilige Wesen des Mannes, der immer nur die unbefleckte Jungfrau und das Herz Jesu im Munde führte, noch mehr natürlich die Hoffnung auf den baldigen Fang eines hübschen Kapitals bestimmten den Abt, auf das Projekt einzugehen und den Bruder Jozime mit

Novellistik.

Maximilian Bern, als talentvoller Novellist, im Besonderen durch sein kleines Buch „Auf schwankem Grunde" bereits bekannt, hat vor Kurzem im Verlage von Ph. Reclam jr. in Leipzig „novellistische Studien" unter dem Titel „Gestrüpp" erscheinen lassen — kleine Skizzen, sämmtlich in der Ichform geschrieben. Offen gesagt, wir sähen es lieber, wenn der Verfasser sein unzweifelhaftes Talent auf eine größere Arbeit konzentriren möchte, anstatt sich in so kleiner Münze auszugeben. Der hier gewählte Rahmen ist doch gar zu eng, als daß sich ein ordentliches Bild darin ausbreiten ließe. Man hat mit der Lektüre kaum begonnen, so ist man auch schon zu Ende — und von dem Gelesenen bleibt nur wenig zurück. Wie „Auf schwankem Grunde" sind auch diese Miniaturnovellen reich an hübschen einzelnen Zügen, auch sie spiegeln die Sinnigkeit der Bern'schen Anschauungsweise wieder, aber ihre Kürze läßt keine rechte Stimmung aufkommen. Die behandelten Themata können in ihrer Mehrheit nicht bedeutend genannt werden: kleine Vorkommnisse aus dem Leben kleiner Menschen. Als die relativ beste Arbeit ist uns „Carola" erschienen, zugleich räumlich die umfangreichste Skizze — 20 Seiten! Sie erinnert direkt an das oben genannte frühere Werkchen des Verfassers. Man trifft da wieder auf das fahrende Kunstreiterthum, dessen Schilderung Bern ganz besonders gelingt.

Während dieser Schriftsteller mehr das seelische Leben, das psychologische Moment in Betracht zieht, hält sich ein anderer bekannter Novellist, Karl Neumann-Strela, fast ganz an die Welt der äußeren Erscheinung. So auch in den Noveletten und Humoresken „Bunte Reihe", die unlängst im Verlage der Liebel'schen Buchhandlung zu Berlin erschienen, und „Robert Schmidt" gewidmet sind. Neumann-Strela hat eine besondere Vorliebe für Anekdoten aus dem Leben berühmter Männer, die er gern novellistisch ausstaffirt. Die Ausführung erscheint nicht selten breiter als der Gegenstand eigentlich erfordert; sie berücksichtigt auch allerlei Nebensächliches, und dadurch wird die Gesammtwirkung etwas beeinträchtigt. Auch das vorliegende Buch ist nicht viel mehr als eine Sammlung ausgesponnener Anekdoten, und unter diesen dürfte die unsern Lesern durch die „Familienblätter" bekannt gewordene Skizze „Glühende Augen", eine Erinnerung an Beethoven und Wilhelmine Schröder-Devrient, die interessanteste und am besten kolorirte sein.

E.

Goethe an die deutschen Naturforscher.

Unter diesem Titel ist der gegenwärtig in Hamburg tagenden Naturforscherversammlung folgender Festgruß im „H. Frdbl." gewidmet worden, der den Ton des Goethe'schen „Tischliedes" ganz wohl getroffen hat:

Hoch im Aether haben wir
Froh die Welt betrachtet,
Ihrem Laufe nachgespürt,
Ihren Geist beachtet.
Was geschaffen und gethan,
Haben wir verglichen,
Was besonders uns gefiel,
Schnellstens angestrichen.
Lobten Dies und lobten Das,
Wenn beim Göttervater
Literar'sche Sitzung war
Ueber's Welttheater.
Alle lauschten dann gespannt,
Selbst der Schicksalslenker,
Und zum Schlusse scholl ein Hoch
Auf die deutschen Denker.

Hoch um Hoch! und dreimal Hoch
Ihrem Kaiserreiche,
Das sich breitet, das sich dehnt,
Wie die stolze Eiche;
Das zu hohem Glanz erstand
Nach so bangen Tagen,
Das zu deutschen Männern sie
Ritterlich geschlagen!

Hand in Hand, und Brust an Brust
Suchen sie das Wahre,
Streben sie der Sonne zu,
Gleich dem Königsaare;
Fliegen über Land und Meer
Auf des Geistes Schwingen,
Fern und nah, und nah und fern
Herrliches zu bringen.

Dir vor Allem, treue Schaar,
Gelten meine Worte;
Zogst voran zu stetem Sieg,
Muthige Cohorte.
Ließest Deine Banner stets
Trotz dem Sturme bieten,
Wenn die Andern Dies und Das
Zögernd noch beriethen.

Heil und Gruß, und Gruß und Heil!
Ruf ich Euch entgegen,
Der ich einst vor langer Zeit
Ging auf Euren Wegen;
Der ich einst des Farbenspiels
Bunte Welt ergründet
Und der Forschung neues Ziel
Hellen Blick's verkündet.

Heil und Gruß, und Gruß und Heil
Eurer ernsten Feier!
Jeder sei der Wissenschaft
Liebesbanger Freier.
Jeder sinke, keusch und fromm,
In der Holden Arme,
Daß zu neuem Schaffensdrang
Ihm das Herz erwärme.

Eines, Freunde, aber hört,
Eh' ich wieder schweige
Und zu meinem Göttersitz
Leichten Schrittes steige:
Laßt mir nicht die Becher Weins
Unbeachtet schäumen;
Auch der strenge Forscher darf
Trunken sein und träumen.

Est in vino veritas!
Sangen schon die Alten.
Nun, die Jungen haben auch
Dieses Wort behalten. —
Laßt die Becher also frisch
An einander klingen! —
Wer die Wahrheit fördern will,
Muß sie erst erringen.

Bruno Salmer.

Die Schlenderbleie des berliner Museums.

Professor Mommsen, der von seiner italienischen Reise zurückgekehrt ist, setzt sich in der letzten Nummer der Wochenschrift: „Im neuen Reich" mit einer Anzahl von Angriffen auseinander, die in dem „Grenzboten" bezüglich seines Auftretens in der Promotionsfrage und der Angelegenheit der moabitischen Alterthümer gegen ihn erhoben worden sind. Weiter behandelt der berühmte Gelehrte in ein-

einer Summe von 400 Frcs. dem frommen Greise zur Fahrt nach Turin beizugeben. Hier schützte Girod allerlei Schwierigkeiten vor, die er bei den Behörden hätte, entlockte dem Abte auf telegraphischem Wege eine neue Summe von etlichen hundert Francs und entledigte sich seines Begleiters, indem er ihn mit Aufträgen an seinen angeblichen Pächter Trivero und einen anderen Geschäftsfreund Terrari nach Cannes und Nizza schickte, wo natürlich weder ein Trivero noch ein Terrari zu finden war. Diesen selben Betrug verübte Girod mit gleichem und theilweise noch besserem Erfolge an dem Kloster Sept-Tons im Allier, an den Olivetanern von Parmenié in der Isère, an den Missionsvätern von Lourdes und von Notre-Dame-de-Lans in den Hautes-Alpes, an den Maristen von Besançon und endlich gar noch an einer Hutmacherswittwe in Bourgoin, welcher er die Ehe versprach. Er hat auf diese Weise, so viel nur aktenmäßig festgestellt ist, über 8000 Frcs. erschwindelt und im Laufe eines Jahres nicht weniger als zwölfmal den Mont-Cenis passirt. Nun erst warnte der General des Trappistenordens seine Aebte vor dem Betrüger und als dieser bald darauf mit seinem Projekte bei den Trappisten von Bricquebu vorsprach, übergaben ihn diese der Gendarmerie. Für das Bedürfniß seiner Prellerei hatte Girod auch noch eine Menge Urkunden, Geburtsatteste, Todtenscheine, Besitzdokumente u. s. w. gefälscht. Der abgefeimte Mann, dem es mit so einfachen Mitteln gelungen war, die halbe Mönchsgeistlichkeit von Frankreich zu prellen, wurde zu zwanzig Jahren Gefängniß verurtheilt.

Spanien.

Die spanischen Republikaner Ruiz Zorrilla und Nikolaus Salmeron haben von Paris aus an die Spanier ein Manifest gerichtet, worin sie ihr Regierungsprogramm auseinandersetzen. Dieses Dokument wurde in Madrid von allen ministeriellen Blättern wiedergegeben, und da die in diesem Aktenstück ausgedrückten Ideen sehr fortschrittliche sind, so scheint Canovas die Veröffentlichung angeordnet zu haben, weil er dasselbe als Waffe gegen die Republikaner benutzen will. Da ein Theil der pariser Blätter dieses Aktenstück ebenfalls abdruckt, so nahm der Chef des Preßbureaus der spanischen Botschaft in Paris, Herr Miranda, Anlaß, einige Bemerkungen über dasselbe abzugeben und richtete deshalb an die „Debats" folgendes Schreiben:

Herr Redakteur! In Abwesenheit des Herrn Molinari, meines Freundes, wende ich mich an Sie, um Ihre Aufmerksamkeit auf das von Zorrilla und Salmeron veröffentlichte Manifest der Kantonalisten, die sich heute Reform-Republikaner nennen, hinzulenken. Dieses Programm verspricht die Vertheilung eines Theiles des Eigenthums des Landes unter das Proletariat, welches dasselbe unter der Vormundschaft des Staates in Pacht erhalten würde. Dieses Eigenthum soll auf dem Wege der Revision aller seit 1836 gemachten Verkäufe des National-Eigenthums konfiszirt werden. Man würde den größten Theil dieser Verkäufe unter dem Vorwand für null und nichtig erklären, daß sie während des ersten Bürgerkrieges zu unvernünftig niedrigen Preisen abgeschlossen wurden. Man will sich eines Theils des Privilegienthums bemächtigen, indem man die Revision der herrschaftlichen Gesetze zur Durchführung bringt. Alle diese Rechte wurden vor 40 Jahren abgeschafft. Die Reform-Republikaner wollen sich jetzt der herrschaftlichen Güter bemächtigen, die nicht mehr in den Händen des Adels sind, sondern denen angehören, welche diese Güter angekauft haben, nachdem sie durch drei bis vier verschiedene Hände hindurchgegangen sind. Dies ist eine Beraubung und ein Angriff gegen die Grundlagen des Eigenthumrechts.

Rußland und Polen.

Petersburg. Seit zwei Jahren hat Rußland zum Wegebaumeister einen — Admiral. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen der Pflege der Binnenschifffahrtsstraßen größere Aufmerksamkeit zugewendet wird. Selbst auf Strömen, wie der Wolga, dem Dnjepr, der Weichsel und dem Niemen ist hierin noch sehr viel zu thun. Nachdem Admiral Possjet eine größere Zahl von Inspektoren zur Ueberwachung der Schifffahrtssysteme, der Schifffahrtsmittel wie der Schifffahrt selbst ernannt, und neuerdings bestimmte Dienstinstruktionen für dieselben erlassen hat, ist eine gewisse Rührigkeit im Projektiren und Kontrolliren bemerklich. Merkwürdigerweise sind sämmtliche Inspektoren durch Marineoffiziere ersetzt worden, auch sollen deren „Gehilfen" grundsätzlich möglichst Marineoffiziere und nur ausnahmsweise Zivilingenieure sein. — Die Reise Manteuffel's nach Warschau wird von den hiesigen Blättern als ein Akt intimer Annäherung der Deutschen an die russische Orientpolitik angesehen. Als besonders wichtigen Umstand bezeichnet man die Ernennung Manteuffel's zum Chef eines russischen Regiments. Das ist in der That, schreiben die „Petersburskoje Wiedomosti" eine wichtige Auszeichnung und sie wird Ausländern nur in freudigen Minuten, in einer Epoche der Freundschaft und des Friedens zu Theil. Wir werden glücklich sein, wenn die durch dieses Ereigniß hervorgerufenen Hoffnungen sich bewähren, wenn die Hoffnung auf die ritterlichen Gefühle des Kaisers Wilhelm, die wir mehrfach ausgedrückt haben, nicht in's Schwanken geräth, sondern sich im Gegentheil festigt." — Charakteristisch ist die Art und Weise, wie der „Golos", eins der gemäßigteren russischen Organe, die ursprünglichen Friedensbedingungen der Pforte aufgenommen hat. „Wenn die Sache nicht so gar ernst wäre, schreibt der „Golos", könnte man sich aufrichtig über die „Bedingungen" der Pforte amüsiren, die von den Herren Meilhac und Halevy, den bekannten Autoren des Librettos der „Herzogin von Gerolstein" und der „Pericole" diktirt zu sein scheinen. Aber Europa ist nicht spaßig zu Muth, und darum würde dem witzigen Scherz der türkischen Staatsmänner wohl ein Empfang bereitet worden sein, der der hohen Pforte schlecht bekommen würde, wenn der geringste Grund vorhanden wäre, anzunehmen, daß die Türkei ihre Forderungen ernstlich aufrecht zu erhallen die Absicht habe."

Türkei und Donaufürstenthümer.

Dem Drucke der öffentlichen Meinung in England nachgebend, hat die englische Regierung, wie übereinstimmend von verschiedenen Seiten gemeldet wird, die Nothwendigkeit einer autonomen Verwaltung in Bosnien, der Herzegowina und Bulgarien anerkannt und auch die Wiederherstellung des status quo in Serbien und Montenegro in ihr Programm aufgenommen. Während jedoch der „Köln. Z." aus Paris gemeldet wird, daß Rußland sich dem englischen Programm angeschlossen habe, und daß die Einwilligung der übrigen Mächte zu erwarten sei, herrschen, der „Post" zufolge, noch Differenzen zwischen England und Rußland bezüglich der Details der Reformfrage. Danach empfiehlt der englische Botschafter in Konstantinopel, Lord Elliot, die Provinzen sollen eine kommunale Autonomie erhalten, die Pforte soll nur die höheren Beamten ernennen. Rußland dagegen fordert völlige Selbstverwaltung, die Pforte solle nur Garnisonsrecht haben und die von der Bevölkerung gewählten Gouverneure bestätigen. Die Einigung der Mächte ist dieser Nachricht zufolge noch nicht erfolgt. Inzwischen fehlt es auch nicht an allerlei weitgehenden optimistischen Nachrichten, bezüglich des Friedens. Die „Budapester Korr." meldet, Graf Andrassy habe bereits den Friedensvertrag entworfen und die Zustimmung der anderen Vertragsmächte dazu erlangt. Der pester „Kelet Nepe" wiederum berichtet, Graf Zichy, welcher in Stambul die Friedensverhandlungen leitet, sei bezüglich Montenegros so weit vorgeschritten, daß er wahrscheinlich die Abtretung des Hafens von Spizza erwirken werde, nachdem schon sub titulo Arrondirung ähnliche Gebiete zu Montenegro geschlagen worden. In dem Friedenspakte mit Montenegro wird besonders betont, daß dieses Fürstenthum unabhängig ist. Der „Köln. Z." zufolge haben sich die Mächte dahin geeinigt, daß die Waffenruhe verlängert werden solle, dagegen macht die Pforte, wie auch die „Post" meldet, trotzdem sie ihre Friedensbedingungen reduzirt hat, bezüglich der Waffenstillstands frage Schwierigkeiten. Worin diese bestehen, wird nicht angegeben.

In Serbien wird die eingetretene Waffenruhe als die Einleitung zum Frieden betrachtet. Trotz der Rodomontaden des „Istok" ist es der „Pol. Kor." zufolge feststehende Thatsache, daß in Serbien Jedermann einen ehrenvollen Frieden herbeisehnt. Es ist selbstverständlich, daß die russischen Elemente in der Armee dem Frieden abgeneigt sind, eilten sie doch von weiter Ferne herbei, um Krieg zu führen und sich durch besondere Thaten auszuzeichnen! Die Miliz theilt diese Ansichten und Neigungen der russischen Freiwilligen durchaus nicht. Begreiflicherweise wurde daher die Proklamirung Milans zum Könige von Serbien von den Russen mit Begeisterung aufgenommen. Das Bravourstück des Königsmachers Tschernajeff scheint übrigens eine größere Bedeutung zu gewinnen als man Anfangs glaubt, da die Russen nicht eher die Waffen niederlegen wollen, bis Serbien vollständig unabhängig ist und das Tributverhältniß abgeschüttelt hat. Tschernajeff hat unterm 20. d. dem Fürsten Milan folgendes Telegramm übersandt:

Sr. Majestät dem Könige! Die gesammte Armee, Offiziere und Mannschaften, inbegriffen das Corps des Obersten Horvatovicz hat dem König, der Königin und dem Kronprinzen (Kroljewicz) den Eid der Treue geschworen. Gleichzeitig haben alle Soldaten den Eid abgelegt, die Waffen nicht eher niederzulegen, ehe Serbien nicht ein freies Königreich geworden. Der Erzpriester im Lager zelebrirte die Messe, worauf „Te deum laudamus" gesungen wurde. Tschernajeff.

Gleichzeitig wird gemeldet, daß an demselben Tage Paratschin, Kragujewatz, Deligrad und viele andere Städe beflaggt und am 19. d. wegen der Proklamirung des Fürsten zum König illuminirt waren.

Unsere früher ausgesprochene Ansicht, daß die serbische Regierung ihrer Armee nicht mehr sicher ist, bestätigt sich somit. Tschernajeff soll allerdings zur Rechenschaft gezogen und abgesetzt werden. Ob dies jedoch Angesichts der Haltung der russischen Soldaten möglich sein wird, bleibt eine andere Frage.

Konstantinopel, 19. September. Die Waffenstillstandsfrage ist, wie dem „N. W. Tagbl." telegraphisch gemeldet wird, der Erledigung nahe. Die beiderseitigen Truppen bleiben in ihren respektiven Positionen. Keiner der kriegführenden Theile darf innerhalb der vier Wochen, für welchen Zeitraum die Waffenruhe vereinbart werden soll, Verstärkungen auf den Kriegsschauplatze senden. Mit dieser Einschränkung wird beabsichtigt, dem Zuzuge der Russen Einhalt zu thun. Am 24. d. soll die Waffenruhe-Konvention in Kraft treten. — Heute hat der englische Vertreter eine längere Besprechung mit Savfet Pascha gehabt, der im Namen des Sultans erklärte, die Pforte werde bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gehen. Es herrscht die Ansicht, die ottomanische Regierung werde auf ihren aufgestellten Bedingungen nicht beharren. Zehn Bataillone, die heute über Adrianopel nach Nisch hätten dirigirt werden sollen, werden hier vorläufig verbleiben.

Belgrad, 19. Sept. Der Fürst ist dem „N. Wien. Tagbl." zufolge über das Pronunziamento der Armee sehr erzürnt, da auf diesem Wege Serbien der Anarchie zugeführt werden könne. Die Rädelsführer sollen bestraft werden. Tschernajeff soll abgesetzt werden. Die Regierung bezeichnete den Vertretern der Großmächte gegenüber diese Manifestation als eine Ausschreitung, die ohne jegliche Konsequenz bleiben werde. Fürst Milan erklärte, er bleibe auf dem Boden der Verträge stehen. — Heute fand die feierliche Weihe einer von moskauer Kaufleuten geschenkten Fahne statt. Der Metropolit Michael mit 12 Geistlichen vollzog die Einsegnung in Gegenwart des gesammten Militärs und Tausenden von Zuschauern. Die Fahne ist schwarz mit einem weißen Kreuz und reich mit Gold gestickt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 22. September.

r In Betr. der Kanalisation der Stadt Posen wurd von einem Magistratsmitgliede in der Stadtverordnetensitzung gelegentlich Folgendes mitgetheit: Die Aird'schen Spezialprojekte zur Kanalisation der Stadt Posen sind von der gemischten Kommission, welcher die Kanalisations-Angelegenheit übertragen ist, eingehend geprüft worden und ist alsdann, nachdem sich noch mancherlei technische Anstände herausgestellt haben, das Ersuchen an die Firma Aird u. Co. ergangen, diese Anstände zu beseitigen.

Ueber den Mißbrauch der Kanzel, seitens eifriger Hetzkaplane wird uns von glaubwürdiger Seite aus der Provinz Folgendes berichtet:

In der Parochie B. hält sich seit Kurzem ein emeritirter Geistlicher aus Posen bei einem Bekannten auf. Dem Ortsprogst A. muß seine Anwesenheit unbequem sein, obgleich dieser Geistliche weder funktionirt noch irgend welche andere Thätigkeit im Orte entwickelt hat. Der Ortspropst fand sich veranlaßt, am Sonntag 17. d. M. nach der Predigt die versammelte Gemeinde auf jenen Geistlichen aufmerksam zu machen, indem er sich wie folgt äußerte: „In unserer Parochie hält sich ein Geistlicher auf, der für den Altkatholizismus wirkt, er soll schon mehrere Unterschriften (Beitrittserklärungen) gesammelt haben. Dieser Geistliche ist schon vor sieben Jahren von unserem damaligen Erzbischof aus der katholischen Kirche ausgestoßen (exkommunizirt) worden." In Folge dieser aufregenden Rede versammelte sich alsbald eine Menge Volks vor der Wohnung des emeritirten Geistlichen, welche geraume Zeit auf- und abwogte und höhnische boshafte Bemerkungen zurief. Es wurden Drohworte wie: „Diesen Menschen muß man mit einem Stein zermalmen und Aehnliche laut ausgestoßen. Dem Vernehmen nach hat der schwer beleidigte Geistliche diesen Vorfall der zuständigen Staatsanwaltschaft angezeigt und die

---

gehender Weise die Geschichte der Erwerbung der bekannnten Schleuderbleie für das hiesige Museum und seines Antheils daran. Professor Mommsen erklärt es jetzt allerdings für sehr wahrscheinlich, daß nicht blos die vom berliner Museum erworbene Serie, sondern die ganze ungeheure Masse der in den letzten Jahren auf den Markt gekommenen Bleie aus einer großartigen Fälschung herrühren. Er schreibt darüber u. A.: Den Rath, die Schleuderbleie zu erwerben, habe ich gegeben, und ich erkenne die Verantwortlichkeit dafür jetzt ebenso an, wie ich dies in der Kammersitzung gethan habe. Aber ich glaube einen Irrthum begangen zu haben, der nach der damaligen Lage der Sache vielleicht nicht zu vermeiden, gewiß entschuldbar war. Die Schleuderbleie wurden angeboten von den Herren Rollin und Feuardent in Paris, deren Namen jedem in diesen Geschäften Kundigen an sich schon als Bürgschaft für die Echtheit gelten mußte. Die ersten Kenner des Faches, insonderheit Herr Longpérier in Paris, späterhin auch Herr L. Müller in Kopenhagen, bezeichneten sie als zweifellos echt und der erstere erwarb eine beträchtliche Serie für das pariser Museum. Ein kundiger Gelehrter, den ich nicht nenne, um nicht auch seinen Namen den „Grenzboten" zu überliefern, prüfte die Originale in meinem Auftrage und erklärte sie für echt. Die Ausgabe des Herrn Desjardins, deren erstes Heft vorlag, als der Kauf abgeschlossen ward, enthielt allerdings eine Reihe höchst bedenklicher Stücke; aber da dieser Gelehrte, wie ich aus eigener Nachprüfung seiner früheren Publikationen wußte, im Heraus- und Hineinlesen das Unglaubliche leistet, so konnte auf die schlecht gemachten Tafeln hin den Zeugnissen der besten Kenner der Glaube nicht versagt werden; ja es schien, wie ich dies der Verwaltung der Museen ausdrücklich bemerkte, die Erwerbung der Serie sich eben dadurch besonders zu empfehlen, daß damit die von Desjardins abgebildeten Exemplare ein für allemal zusammengehalten wurden und die Rektifikation seiner Abbildungen, resp. die Ausscheidung einzelner falscher Stücke, wie sie in jeder großen en bloc gekauften Sammlung vorkommen, für alle Zukunft möglich blieb. Diese Thatsachen legte ich der Verwaltung der Museen vor und befürwortete damit den Ankauf, auf den dieselbe einging. Die gekaufte Sammlung wurde dann auf meinen Vorschlag zur Katalogisirung an Herrn Zangemeister in Heidelberg gesandt, der sich ebenfalls, wesentlich aus paläographischen Gründen, mit voller Entschiedenheit für die Echtheit aussprach. Indem ich seine vorläufige Mittheilung in den Monatsberichten der Akademie zum Abdruck brachte, die beiläufig auch das von mir gegen Desjardins Publikationen gehegte Mißtrauen im weitesten Umfang bestätigte, konnte ich nicht umhin auf schwere sachliche Bedenken aufmerksam zu machen, welche diese neuen Bleie hervorriefen und die auch nach der Rektifikation der Lesungen Desjardins bestehen blieben. Als dann eine zweite Serie solcher Bleie von derselben pariser Handlung dem Museum angeboten ward, wurde diese zunächst Herrn Zangemeister zur Prüfung eingesendet, und diese zweite Prüfung ergab völlig entscheidende Momente für die Falschheit einer großen Anzahl der Bleie, und damit die höchste Verdächtigkeit der gesammten Masse, wie dies Herr Zangemeister im Januarheft der Monatsberichte der Berliner Akademie ausgeführt hat. Uebrigens hatte ich inzwischen die nach abgeschlossenem Kauf von Herrn Bergk gegen die Echtheit der Bleie erhobenen Zweifel selbstverständlich sofort zur Kunde der Museumsverwaltung gebracht und in deren Auftrag die pariser Handlung davon in Kenntniß gesetzt. Gleich auf die erste Anzeige hin erklärte diese, indem sie übrigens sehr entschieden für die Echtheit eintrat, in der ehrenhaftesten Weise dem Museum, daß sie die von ihr als antik verkauften Bleie ohne weiteres zurücknehmen werde, wenn daran auch nur der Verdacht der Fälschung haften bleibe. In der That sind dann sämmtliche Bleie nach Paris zurückgesandt worden. Eine Schädigung des Museums hat also nicht stattgefunden.

Hiernach mag jeder Leser selbst die Frage beantworten, ob mich in dieser Sache ein Verschulden trifft. Ich habe der Verwaltung des Museums die Urtheile der Fachmänner vorgelegt, welche diese Bleie für unzweifelhaft echt erklärt hatten, und dieselbe, der diese Persönlichkeiten ja natürlich ebenfalls wohlbekannt sind, fand, eben wie ich auch, daß man dabei sich beruhigen könne. Dies war ein Irrthum; war es auch ein Fehler? ich muß es mir gefallen lassen, wenn dies jetzt, post eventum, so bezeichnet wird, obwohl ich es nicht einräumen kann. Aber selbst wer dies behauptet, wird bei unparteiischer Erwägung in einem Fehler dieser Art weder ein Unrecht noch eine Schande finden. Eigene Prüfung der Bleie hätte ich wohl vor dem Ankauf vornehmen können und ich würde mich derselben nicht entzogen haben, wenn die Verwaltung sie gewünscht hätte. Aber daß ich mich dazu nicht von freien Stücken erbot, geschah nicht blos deswegen, weil jene Garantien mir ausreichend erschienen, sondern vor allen Dingen darum, weil ich in Betreff dieser sehr eigenartigen Gattung von Antiquitäten keine hervorragende Erfahrung besitze und nur wenige derselben selbst gesehen habe, wie ich dies schon im ersten Bande des Corpus Inscriptionum Latinarum zu sagen veranlaßt war; es war also meinerseits durchaus kein Grund vorhanden, die eigene Ansicht der Bleie vor Abschluß des Kaufes zu wünschen. Vielmehr habe ich gehandelt in dem Glauben, daß das Urtheil der pariser Sachverständigen weit schwerer wiege als mein eigenes; wie ich denn auch nach dem Kauf glaubte an Herrn Zangemeister für diese Denkmäler einen besseren Bearbeiter zu finden, als ich selber gewesen sein würde. Auf jeden Fall darf ich jetzt in meiner eigenen Sache wiederholen, was ich damals in Sachen der Moabitika in der Kammer geltend machte, daß das Publikum uns Gelehrten, die wir in der Lage sind, bei Erwerbungen von Kunstsachen und Alterthümern als Sachverständige mitzuwirken, nicht jeden unzutreffenden Rath als einen Beweis persönlicher Unwissenheit in Anrechnung bringen möge. Es ist gewiß nicht jedes derartige Versehen verzeihlich, aber auch nicht jedes an sich und schlechthin dem Berather zur Last zu schreiben.

* **Wien**, 18. September. Die Feier des Laube-Jubiläums gestaltete sich zu einer unabsehbaren Reihe von Ovationen, denen nur ein Mann von der kräftigen Konstitution Laube's gewachsen sein konnte. Während des ganzen Vormittags drängten sich Deputationen auf Deputationen in der Wohnung des Jubilars, welche werthvolle Geschenke und Adressen überbrachten. Allen widmete der geistesfrische Greis freundliche Antwortsreden, die der goldenen Worte genug enthielten. Als das werthvollste und für ihn ehrenvollste Geschenk bezeichnete Laube den Ehrenbürgerbrief der Stadt Wien, welchen ihm der Bürgermeister Felder an der Spitze einer Deputation überreichte. Dem Präsidenten des Schriftstellervereins „Concordia" gegenüber gedachte Laube des schmerzlichen Ereignisses, das wenige Tage zuvor ganz Oesterreich in Trauer versetzt hatte:

„Wie ein dunkler Schatten ist dieser Todesfall in Graz auf meinen heutigen Tag gefallen. Er erinnert drohend daran, daß Jubiläen Abendfeiern sind, und zwar Feiern am Spätabend, die Nacht folgt unmittelbar. Ich fürchte sie gerade nicht und sage nicht absit omen, aber der dunkle Schleier mahnt mich doch, Ihnen eine Testamentsklausel ans Herz zu legen. Anastasius Grün bedurfte Ihrer nicht, er hatte keinen Feind in liberalen Reihen, er war eine Heeresmacht, die nur bei Schlachten in den Kampf trat, ich aber habe fortwährend im Getümmel gestanden und bin immer ein heftiger Geselle gewesen. Ich bin reich an Feinden, helfen Sie, daß ein Schleier auch über meine Fehler gebreitet werde, wenn meine Nacht eintritt." Aus der Menge der übrigen Deputationen heben wir noch die des großen Damenkomités hervor, welche eine mit 10,000 Unterschriften bedeckte Adresse in einer ungemein werthvollen Kassette sowie 1200 Fl. zu einem Lustspielpreise, dessen Bedingungen Laube anheimgestellt sind, überbrachte. Die Adresse enthält Unterschriften aus Oesterreich und allen Gauen Deutschlands und finden sich darunter die Namen mehrerer regierender deutscher Fürsten und Prinzen unter anderen der des Fürsten Bismarck, ferner die Namen der Mitglieder des deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses. Laube war tief gerührt und sagte ungefähr: „Ich finde kaum Worte, um Ihnen Dank zu sagen, Alles, was mir Glückliches im Leben begegnete, kam immer von den Frauen, Sie haben sich nicht begnügt, Wien aufzurühren, Sie sind hinausgegangen nach Deutschland und haben gesammelt, wie es eben nur Damen thun können. Ich weiß es zu schätzen und zu würdigen, daß gerade an diesem Tage wieder die Damen es sind, die mir die freudigste Ueberraschung bereiten. Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank und seien Sie versichert, daß ich auch als alter Knabe mich bestreben werde, ein Liebling der Damen zu sein." Laube's Wohnung war buchstäblich in einen Blumengarten verwandelt. Mehrere hundert Lorbeerkränze sind eingegangen. Den Beschluß des Ehrentages bildete ein großes Festbankett, welches dem Jubilar im Kursaale gegeben wurde.

Bestrafung des Propstes A. wegen öffentlicher Verleumdung beantragt.

r. **In der Stadtverordnetensitzung** am 21. September d. J. waren 24 Mitglieder anwesend; der Magistrat war durch den Bürgermeister Herse und die Stadträthe v. Chlebowski, Dr. Loppe und Rump vertreten. Den Vorsitz führte Justizrath Pilet. — Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Nach Mittheilung des Magistrats sind bei Tit. X. Nr. 3 des Kämmerei-Etats pro 1876 (der königl. Polizei-Direktion zu Bureau- und Amtsbedürfnissen 7,500 M.) wegen des Umbaus des Polizeidirektorium bedeutende Mehrausgaben bereits bewilligt worden und noch zu erwarten, und beantragt Magistrat demnach, an bereits geleisteten und noch zu erwartenden Mehrausgaben im Ganzen 6,000 M. zu bewilligen. Der Referent jedoch, Kaufmann Sal. Briske, beantragt, zunächst nur die bereits geleisteten Mehrausgaben in Höhe von 2,700 M. zu gewähren, während Rechtsanwalt Mützel den Antrag stellt, die Angelegenheit der Finanzkommission zu überweisen. Die Versammlung beschließt gemäß dem Antrage des Kaufmanns Sal. Briske.

Ueber das mit dem Militärfiskus getroffene Abkommen bezüglich der Benutzung und Unterhaltung des Gerberdamms berichtet im Namen der Rechtskommission, welcher in der vorigen Sitzung diese Angelegenheit übertragen worden war, Justizrath Tschuschke und rekapitulirt dabei das damals bereits Mitgetheilte. Die Kommission befürwortet im Allgemeinen Annahme des zwischen Magistrat und Militärbehörde in Betr. der Benutzung und Unterhaltung des Gerberdamms getroffenen Abkommens, empfiehlt jedoch, daß durch einen Sachverständigen ein Anschlag über die Kosten der Chaussirung des Gerberdamms in der Breite von 7½ Mtr. angefertigt und ein Gutachten darüber abgeben werde, was vortheilhafter erscheine, Chaussirung oder Pflasterung; ferner möge die Unterhaltung des Gerberdamms nur der einen von beiden betr. Behörden übertragen, und von der anderen ein Beitrag zur Unterhaltung desselben gewährt werden; endlich möge die Militärbehörde die Verpflichtung übernehmen, die von der Stadtgemeinde zu unterhaltenden Fußgängerbanketts des Gerberdammes an den Böschungen mit Weiden zu befestigen; die Unterhaltung der Bäume sei Sache der Militärbehörde. Die Versammlung erklärt sich mit diesen Anträgen der Rechtskommission einverstanden.

Die Entlastung der Pfandleihkassen-Rechnung pro 1873 wird gemäß dem Antrage des Kaufmanns Sal. Briske, welcher über diese Angelegenheit berichtet, genehmigt. Die Resultate des Geschäftsbetriebes der Pfandleihkasse pro 1873 sind keine günstigen gewesen, und, wie der Bürgermeister Herse mittheilt, ebenso wenig die Resultate des Geschäftsbetriebes pro 1874 und 75, was den Gedanken der bereits früher vom Magistrate beantragten, aber von der Versammlung abgelehnten Auflösung des Instituts nahe legt. Rechtsanwalt Mützel weist darauf hin, daß damals eine Kommission zur Berathung über diese Angelegenheit gewählt worden sei, und Bürgermeister Herse theilt mit, daß diese Kommission im laufenden oder nächsten Monate zu einer Sitzung eingeladen werden solle.

In Betreff der Belegung von Kämmereigeldern ist an die Versammlung Seitens des Magistrats ein Antrag gerichtet worden, über welchen Rechtsanwalt Orgler berichtet. In dem Magistrats-Anschreiben wird ausgeführt, daß die Ausleihung von der Kämmerei gehörigen Kapitalien und die zinsbare Belegung von Kämmereikassenbeständen bisher in der diesseitigen Verwaltung ohne Zuziehung der Stadtverordnetenversammlung erfolgt sei. Es seien jedoch dem Magistrate Zweifel darüber aufgestoßen, ob dies Verfahren vollkommen korrekt sei und den Bestimmungen der Städteordnung entspreche. Diese schreibe in § 35 vor, „die Stadtverordneten-Versammlung habe über alle Gemeindeangelegenheiten zu beschließen, soweit dieselben nicht ausschließlich dem Magistrate überwiesen sind; sie gebe ihr Gutachten über alle Gegenstände ab, welche ihr zu diesem Zwecke durch die Aufsichtsbehörden vorgelegt werden ꝛc. Nach § 56 habe der Magistrat als Obrigkeit und Gemeinde-Verwaltungsbehörde unter Anderem auch das Geschäft, das Eigenthum der Stadtgemeinde zu verwalten und ihre Rechte zu wahren ꝛc., und es seien demgemäß dem Magistrate Zweifel darüber aufgestiegen, ob bei Ausleihung von der Kämmerei gehörigen Kapitalien ꝛc. nicht eine Konkurrenz und Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung zu erfolgen habe. Die von der Versammlung in dieser Beziehung ausgesprochene Ansicht werde vom Magistrate als maßgebend anerkannt werden. Es werde sich empfehlen, daß jedes Jahr diejenigen Grundsätze, welche für die Verleihung von Kapitalien und Anlegung von Geldern maßgebend sein sollen, zwischen beiden städtischen Kollegien vereinbart und vom Magistrate bei Unterbringung der Bestände beachtet werden. Zunächst möge sich die Versammlung damit einverstanden erklären, daß etwaige Kämmereibestände pupillarisch sicher nach Anleitung des § 39 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 angelegt würden. — Rechtsanwalt Orgler weist darauf hin, daß in Bezug auf die Ausleihung von der Kämmerei gehörigen Kapitalien wohl auch § 49 der Städteordnung zur Anwendung komme, wonach die Stadtverordneten über die Benutzung des Gemeinde-Vermögens bestimmen, und empfiehlt Annahme des Magistratsantrages. — Nachdem Rechtsanwalt Mützel und Kaufmann Sal. Löwinsohn der Vorlage gegenüber ein gewisses Mißtrauen ausgesprochen und Bürgermeister Herse erklärt hat, daß dieses Mißtrauen für den Magistrat etwas Verletzendes habe, wird von der Versammlung auf Antrag des Rechtsanwalts Mützel und Kaufmanns Peltesohn der Beschluß gefaßt, die Angelegenheit der Rechts- u. Finanzkommission zur Vorberathung zu überweisen.

In Betr. der Ergänzung des Lagerbuches durch die Situationspläne der städtischen Grundstücke ist der Versammlung seitens des Magistrats ein Antrag zugegangen, über welchen Posthalter Gerlach berichtet. Bekanntlich hatte der Magistrat auf Antrag des Rechtsanwalts Mützel und nach einem Beschlusse der Versammlung gemäß § 71 der Städteordnung, nach welchem über alle Theile des Vermögens der Stadtgemeinde der Magistrat ein Lagerbuch zu führen hat, ein derartiges Lagerbuch im vorigen Jahre angelegt, und beantragt nunmehr nach Rücksprache mit dem hiesigen Kataster-Kontrolleur, die Versammlung möge behufs Ergänzung dieses Lagerbuchs zur Anfertigung von Situationsplänen sämmtlicher der Stadtgemeinde Posen gehörigen Grundstücke durch den Kataster-Kontrolleur die erforderlichen Mittel in Höhe von 1000 M. aus dem Extraordinarium bewilligen. Die Versammlung erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden, spricht dabei jedoch den Wunsch aus, daß diese Situationspläne nicht, wie der Magistratsantrag angiebt, in 2—3 Jahren, sondern im Laufe eines Jahres angefertigt werden.

Ueber die Entlastung der Wasserwerks-Rechnungen pro 1869/70 und 1873/74, und der Deposital-Rechnung pro 1874 berichtet Kaufmann Sal. Löwinsohn und wird von der Versammlung demgemäß Decharge ertheilt; ebenso für die Realschul- und Mittelschul-Rechnung pro 1875, über welche Bankdirektor Dr. Rakowicz berichtet.

Zum Vorsteher für den XX. Armenbezirk wird an Stelle des Restaurateurs G. Lehmann, welcher die auf ihn gefallene Wahl aus triftigen Gründen abgelehnt hat, Kaufmann Michael Kantorowicz (auf der Schrodka) gewählt. — Mit der interimistischen Anstellung des Elementarlehrers May an Stelle des von hier an die Präparandenanstalt zu Lissa versetzten Elementarlehrers Hannebom erklärt sich die Versammlung einverstanden. — Kaufmann Sal. Löwinsohn berichtet über die Beantwortung der Notaten zur Depositalrechnung pro 1873 seitens des Magistrats und ist damit diese Angelegenheit erledigt. — In Betr. eines seitens der Kommune Posen zu erhebenden Anspruchs auf die sogenannten Lehmgruben in Rataj und Wilda beantragt der Magistrat die Sache auf sich beruhen zu lassen; auf Antrag des Rechtsanwaltes Mützel beschließt die Versammlung, die Angelegenheit der Rechtskommission zur Prüfung zu überweisen.

Ueber die Bewilligung der Mittel zur Umpflasterung verschiedener Straßenstrecken berichtet Maurermeister Hesselbein. Nach einer Mittheilung des Magistrats hatte schon vor zwei Jahren das Polizeidirektorium auf die dringende Nothwendigkeit hingewiesen, bestimmte Straßenstrecken der Stadt Posen, deren Pflaster sehr mangelhaft geworden, umzupflastern. Doch unterblieb damals die Umpflasterung mit Rücksicht auf die bevorstehende Kanalisation. Nunmehr jedoch dringt das Polizeidirektorium aufs Neue darauf, daß die Umpflasterung der betr. Straßenstrecken endlich vorgenommen werde. Die Kosten dafür würden sich auf etwa 12,000 Mk. belaufen, während im Kämmerei-Kassen-Etat 12,300 Mk. zur Unterhaltung des Straßenpflasters ausgesetzt sind. Maurermeister Hesselbein beantragt, die Versammlung möge die Mittel zu dieser nicht mehr zu umgehenden Umpflasterung bewilligen, und sich damit einverstanden erklären, daß die Umpflasterungsarbeiten nicht freihändig, sondern in Submission vergeben würden. Nachdem Kaufmann Sal. Löwinsohn darauf hingewiesen, daß die Jahreszeit zur Ausführung der Umpflasterungsarbeiten wohl schon zu weit vorgeschritten sei, beschließt die Versammlung auf Antrag des Kaufmanns Sal. Löwinsohn und Rechtsanwaltes Mützel, die Angelegenheit nochmals an den Magistrat zurückgehen zu lassen, mit dem Ersuchen, einen motivirten Kostenanschlag unter Berücksichtigung der bevorstehenden Kanalisation anfertigen zu lassen. Zu Mitgliedern der Sparkassen-Deputation werden an Stelle des Kaufmanns Heimann Markus, dessen Wahlperiode Ende d. J. abläuft und des verstorbenen Konsistorial-Rendanten Janowicz Kaufmann Sal. Briske und Kaufmann Cleemann gewählt.

Ueber die Feststellung der Baufluchtlinie in der Kl. Ritterstraße unterhalb des Mittelschulgebäudes berichtet Zimmermeister Feckert. Danach sind die Bestrebungen des Magistrats, der Kl. Ritterstraße durchgehend eine möglichste Breite zu geben, an der Entscheidung des Herrn Handelsministers gescheitert, welcher bestimmt hat, daß die Baufluchtlinie für die zwischen dem Grundstücke der Artillerie-Wagenhäuser und dem Mittelschulgebäude zu errichtenden Gebäude (des Maurermeister Weigt und Herrmann) nicht in der Verlängerung der Rothholz-Knipferschen, sondern der Mittelschulen-Fluchtlinie zu liegen habe. Da alsdann jedoch die Stadtgemeinde Posen den beiden genannten Grundstücksbesitzern noch immer ein nicht unbedeutendes Terrain abzukaufen hätte, so beantragt der Magistrat, die Versammlung möge sich damit einverstanden erklären, daß die beiden genannten Grundstücksbesitzer mit ihrer Baufluchtlinie bis in die Verlängerung der Hofmauer der Artillerie-Wagenhäuser vorrücken. Die Versammlung erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden.

Zur Beschaffung von neuen Spritzenschläuchen und eines Schlauch-Wasch-Apparates werden gemäß dem Magistratsantrage, über den Kaufmann Rosenfeld berichtet, 96) M. bewilligt.

— **Unfall beim Manöver.** Das 1. Bat. posen. Infntr.-Regts. Nr. 59 ist, dem „N. A." zufolge, am Dienstag beim Manöver bei Hirschberg von einem beklagenswerthen Unfall betroffen worden. Der Kommandeur des Bataillons, Major Winterberger, stürzte mit dem Pferde und erlitt durch diesen Sturz einen Rippenbruch und mehrere Quetschungen. Der schwer Verletzte ist nach Glogau gebracht und von dem Bahnhofe auf einem Tragbette nach seiner Wohnung getragen worden.

— **In Angelegenheit** der drei hiesigen polnischen Privat-Töchterschulen, deren Vorsteherinnen von der Regierung aufgefordert worden sind, den Religionsunterricht vom 1. Oktober c. ab, weltlichen Lehrern anzuvertrauen, erfährt der „Dziennik" daß dieser Aufforderung Folge geleistet, oder wie sich das Blatt euphemistisch ausdrückt, „dieser wichtige Unterrichtsgegenstand so ertheilt werden wird, daß den Anforderungen der Regierung und der Nothwendigkeit einer religiösen Erziehung der Schülerinnen Genüge geleistet wird." Der ultramontane „Kuryer" hatte Angesichts dieser „unerhörten Vergewaltigung der bürgerlichen Freiheit" die Vorsteherinnen aufgefordert, gegen die Anordnung der Regierung durch alle Instanzen Beschwerde zu führen. Der fromme Rathgeber ist jedoch offenbar unbeachtet geblieben.

r. **An der alten Wallischeibrücke** ist im Laufe dieser Woche der gesammte hölzerne Oberbau zwischen der Ufermauer auf der Wallischeiseite und dem nächsten Brückenjoche abgetragen worden, wobei sich ergeben hat, daß viele der Balken denn doch schon recht mürbe und morsch waren; alsdann ist mit dem Abbruche des alten Uferpfeilers der Brücke begonnen worden. Bereits werden die Flöße zusammengezimmert, welche zur Aufstellung der Rammen dienen sollen, mittelst deren die Pfähle zum Pfahlroste des Uferpfeilers für die neue Brücke einzurammen sind. — An der Interimsbrücke werden gegenwärtig, wie dies von der Stadt-Baudeputation bei der Abnahme am vorigen Sonnabende vorgeschrieben wurde, an dem einen Joche noch einige Verbolzungen ausgeführt. — Die Joche der alten Brücke werden bis zum nächsten Jahre noch stehen bleiben, da der Bau des Strompfeilers der neuen Brücke jedenfalls erst im nächsten Jahre zur Ausführung gelangen wird. Im Falle eines hohen Eisganges könnte demnach der Oberbau der alten Brücke immer noch wiederhergestellt werden.

§ **Feuer.** Vor einigen Tagen gerieth Vormittags ein Bund Stroh, welches in dem Hausflur des Erdgeschosses St. Martin 24 lag, auf unerklärliche Weise in Brand. Das kleine Feuer, durch welches das Gebäude keinen Schaden davongetragen hat, wurde durch die Hausgenossen bald gelöscht.

§ **Diebstähle.** Einem gewissen Reichert zu Kolo in Russisch-Polen wurde dieser Tage von einem Frauenzimmer, welches Margaretha Buzanowska heißt, die Summe von 530 Rubeln in Kassenanweisungen und 500 Rubel in verschiedenen Gold- und Silbermünzen, darunter französische und polnische, gestohlen. Die Diebin ist untersetzter Statur und hat ihren Weg nach unserer Provinz genommen; sie hat ein starkes rundes Gesicht, blaue Augen und Fisteln unter den Augenlidern. Besonders stark ist die Fistel unter dem rechten Auge. Einem Restaurateur am Wilhelmsplatze ist vor einigen Tagen aus unverschlossener Küche ein messingener Mörser gestohlen worden.

— **Polzei-Bericht.** Gefunden: 16 Taschentücher, 1 Paar Kinderunterhosen, 4 Kinderhemden, 6 Handtücher, abzuholen bei Oekonom v. Trojanowski Klosterstraße 5 wohnhaft. 1 Bund Weiden, 1 großer Regenschirm. Zugelaufen: 1 gelber Windhund mit grauem Kopfe. Verloren: 1 goldener Reif die Platte eingefaßt mit kleinen Granaten gez. E. S., 1 goldener Ohrring mit Brillanten, 1 goldenes Medaillon mit einer Photographie und einer goldenen Kette.

r **Berichtigung.** In den Bericht über die gestrige Volksversammlung haben sich einige Druckfehler eingeschlichen. Rentier von Zedtwitz hob die Vorzüge der indirekten Steuern vor den direkten hervor (nicht umgekehrt), Postbalter Gerlach sprach gegen (nicht für) die Aufhebung der Schlachtsteuer.

Bromberg, 21. September. [Missionsfest] In der evangelischen Kirche fand gestern, wie alljährlich um diese Zeit das Missionsfest statt. Nach Absingung eines Liedes und Abhaltung des liturgischen Gebetes vor dem Altare durch Herrn Pfarrer Serno bestieg der Missionsprediger Dr. Wangemann die Kanzel und hielt die Festpredigt. Nach dem Gottesdienste wurde beim Ausgange eine Kollekte zu Missionszwecken abgehalten. (Brb. Ztg.)

Ein merkwürdiger Brief von Isaak Disraeli.

Nach James Picciotto.*)

Bei der lebhaften Theilnahme, welche durch die Erhebung Benjamin Disraeli's zum Earl of Beaconsfield und Viscount Hughenden of Hughenden für die Persönlichkeit und die Familienverhältnisse desselben wieder erweckt ist, dürfte eine Episode aus dem Leben seines Vaters Isaak Disraeli, dessen Denkweise auf die Erziehung und den Entwickelungsgang des Sohnes nicht ohne Einfluß gewesen ist, von Interesse sein.

Nachdem die Vorfahren Isaak Disraeli's die spanische Halbinsel verlassen und Zuflucht in Venedig gesucht hatten, nahmen si hier den Namen Disraeli an, den bis dahin kein Jude getragen hatte, und betrieben zweihundert Jahre lang mit Glück kaufmännische Geschäfte.

*) Sketches of Anglo-Jewish History. London, Trübner and Co. 1875.

Im Jahre 1747 sandte das damalige Haupt der Familie seinen jüngeren Sohn Benjamin nach England, einem Lande, von dem man annahm, daß die öffentliche Meinung daselbst der Gewissensfreiheit günstig sei. Benjamin ließ sich hier nieder und erwarb sich durch Handel einen Wohlstand. Er nahm es mit seinen gottesdienstlichen Pflichten wenig genau, doch steuerte er freigebig zum Unterhalt der Synagoge bei und erhöhte seine Gemeindesteuer von 10 Shill. allmählich bis auf 22 Pfund jährlich. Sein 1766 geborener Sohn Isaak war ein Gelehrter und Schriftsteller, der wenig mit der Welt verkehrte. Seine vier Kinder, eine Tochter und drei Söhne, erzog er in ihrer Kindheit, wenigstens äußerlich, als Juden, und ließ die Söhne in den Bund Abraham's aufnehmen. Er besuchte die Synagoge gar nicht, und wenn gleich er seine jährliche Steuer von 10 Pfund und außerdem einige Guineen zu wohlthätigen Sammlungen regelmäßig entrichtete, so enthielt er sich doch jeden näheren Verkehrs mit seiner Gemeinde. Am 3. Oktober 1813 wurde er zum Vorsteher der Bevis Marks Synagoge*) in London gewählt. Er lehnte in einem an die Vorsteher gerichteten Schreiben dieses Amt ab. Er drückte seine Ueberraschung darüber aus, daß man ihn in einem solchen Alter noch zu einem derartigen Amt gewählt; ihn dünke, wenn sie sich ihre Wahl nur einigermaßen überlegt hätten, so hätten sie einsehen müssen, wie äußerst ungeeignet dieselbe sei; er schloß mit den Worten: „Ich bin bereit, so weit meine beschränkten Mittel es gestatten, zu Ihren jährlichen Subskriptionen beizusteuern, jedenfalls aber ohne mich mit Ihren inneren Angelegenheiten zu befassen." Auf dieses Schreiben wurde keine Rücksicht genommen, und der Verfasser der „Curiosities of Literature" wurde zu einer Geldstrafe von 40 Pfund verurtheilt. Der Sekretär der Synagoge sandte Herrn Disraeli eine Einladung zu einer Sitzung, welche dieser aber zurückschickte, indem er in seinem Begleitschreiben die Einladung als auf einem Mißverständniß beruhend auffaßte und mit den Worten schloß: „Ich habe die Bedingungen angegeben, unter welchen allein ich mich als einen noch irgendwie mit Ihrer Gesellschaft in Verbindung Stehenden betrachten lassen kann." Die Antwort auf diese Gegenvorstellung war ein Brief des Sekretärs, welchem die Abschrift eines Beschlusses der Aeltesten in portugiesischer Sprache beigeschlossen war, dahin lautend, daß die Wahl des Herrn Disraeli in Einklang mit den Gesetzen der Gemeinde stehe. Die Bemerkungen Disraeli's machten keinen Eindruck auf die Aeltesten und der einzige ihm gewährte Bescheid lautete: non possumus.

Isaak Disraeli richtete darauf einen höchst interessanten Brief an die Synagogen-Behörde, den wir, da er wohl noch nie veröffentlicht ist und da er die Ansichten eines so bedeutenden Mannes über den modernen jüdischen Gottesdienst ausspricht, hier wörtlich folgen lassen:

„Sie machen mir die gefällige Mittheilung, daß meine Wahl zu einem Parnass (Vorsteher) in genauem Einklange mit Ihren Gesetzen stehe. Wenn ich dem auch zustimmte, so würde das doch nichts daran ändern, daß die Wahl eine äußerst ungeeignete ist. Welches auch immer die Gesetze sein mögen, der Geist der Gesetze kann sich nur durch ihre weise Handhabung geltend machen.

Ein Mann, der außerhalb der Sphäre Ihrer Observation ein zurückgezogenes Leben geführt, der sich nie bei Ihrem öffentlichen Gottesdienst betheiligen kann, weil derselbe in seiner jetzigen Weise religiöse Empfindungen nicht nur nicht erweckt, sondern vielmehr stört, was eine allgemein anerkannte Sache ist; der einen Theil Ihres Rituals sich nur hat gefallen lassen, weil er geneigt war alles, was er kann, in diesen Dingen zuzugestehen, welche er als gleichgültig betrachtet — ein solcher Mann kann, wenn er nur einen mäßigen Theil von Ehre und Verstand besitzt, nimmermehr die tiefernsten Funktionen eines Aeltesten Ihrer Gemeinde übernehmen und mit nicht zeitweisen, sondern beständigen Pflichten, die stets seinen Gefühlen widerstrebten, sein Leben verknüpfen und seine Geschäfte stören.

Ich beklage es, daß eine solche Veranlassung mich, wie so viele Andere, aus dem Bereich Ihrer Jurisdiktion vertreibt. Der größere Theil Ihrer Gesellschaft hat eine genaue Aehnlichkeit mit dem Stamm Ephraim, den Hosea 7 8. so merkwürdig mit den Worten beschreibt: „Ephraim hat sich unter das Volk gemischt! Ephraim ist ein Kuchen, der nicht umgekehrt wurde." Das ist ein Kuchen auf dem Herd, auf einer Seite gebacken und auf der andern roh; theils Jude und theils Heide! Warum haben Sie so viele Ephraimiten? Die Ursache dieses Abfalls verdient von Ihnen erforscht zu werden. Meine Herren, gestatten Sie mir, hinzuzufügen, daß, wenn die Regierten nicht gehorchen wollen, ein Fehler bei den Regierenden sich offenbaren wird. Selbst die Regierung einer kleinen Sekte kann mit Sicherheit nur durch erleuchtete Prinzipien geführt werden und muß sich mit praktischer Weisheit den vorhandenen Umständen anpassen, vor Allem aber muß sie zarte Rücksicht auf die verletzten Gefühle ihrer zerstreuten Glieder nehmen. Gefühle, wie die in einer Familie herrschende Zuneigung sollten uns Alle mit einander verknüpfen — eine für ihr Bestehen auf die freiwillige Hilfe ihrer Glieder angewiesene Gesellschaft befindet sich natürlich in einem schwachen Zustande, und wenn sie sich mit willkürlicher Macht bekleidet, so kann ein blindes Zustürzen bei einem schwachen Körper nur zur Selbstvernichtung führen. Viele von Ihren Gliedern haben Sie bereits verloren; †) viele sind Sie im Begriff zu verlieren! Sogar solche, die sich nach Temperament und Gefühlen noch an Sie anklammern möchten, machen sich allmählich los.

Doch gegen dies alles berufen Sie sich beständig auf Ihre bestehenden Gesetze, welche Sie allen Brüdern in gleicher Weise aufzwingen möchten!

Diese veralteten Gesetze sind es, über welche sich so viele beklagen. Dieselben wurden durch Flüchtlinge in einer für ihre besondere Lage passenden Weise erlassen; unsere Lage ist aber von der damaligen ganz verschieden und daher sind diese Gesetze uns so fremd wie die Sprache, in welcher sie erlassen wurden. Einige von Ihnen rühmen sich dessen, daß Ihre Gesetze so ziemlich noch dieselben sind wie vor einem Jahrhundert! Sie haben Gesetze, mit denen man Dinge regelt, die nicht mehr existiren; Sie haben Gesetze, welche in Folge des Wechsels menschlicher Verhältnisse sich als neue Hindernisse gerade für die Zwecke der Institution erweisen, und für die neuen Verhältnisse, welche entstanden sind, fehlen Ihnen Gesetze.

So, meine Herren, steht es mit mir; unüberwindliche Hindernisse stehen dem entgegen, daß ich einer von Ihren Aeltesten werden könnte, Motive der Ehre und des Gewissens! Wollen Sie einen eifrigen Freund und Einen, der lange ein warmes Herz für Sie hatte, nicht behalten, so bleibt mir schließlich nichts übrig, als die Bitte, meinen Namen aus Ihrer Gesellschaft zu streichen.

Noch können Sie aber, meine Herren, ein edles Beispiel von Würde und politischer Weisheit geben. Lassen Sie den Beschluß der Mahamad (Vorsteher) revidiren, weil dieselben sich in der Wahl einer geeigneten Persönlichkeit für das Amt eines Parnaß geirrt haben.

Jedenfalls spreche ich Ihnen meine wärmsten Wünsche aus, daß glücklichere Tage kommen mögen. Schließen Sie den allgemeinen Fortschritt unserer Zeit nicht aus. Bringen Sie Ihre Schulen zur Blüthe und gedenken Sie dessen, daß Sie früher Universitäten gehabt haben; eine Gesellschaft braucht sich heut zu Tage blos respektabel zu machen, um sich die öffentliche Achtung zu erwerben. Glauben Sie mir, ich bin nicht gekommen wie Sanballat, der Hornoiter, der mit bitterm Spott Nehemia bei seiner eifrigen Arbeit des Wiederaufbaues der Mauern der heiligen Stadt hinderte, indem er darüber höhnte, daß er die Steine aus den Schutthaufen nahm. (Nehem. 3. 34.)

Ich bin, meine Herren, mit gebührender Hochachtung Ihr

Isaak Disraeli."

6. Kings Road. Bedford Row, 3. Dezember 1813.

Die Aeltesten lehnten seine Wünsche einfach ab, und im März 1814 empfing er seine Synagogen-Rechnung, in welcher die übliche

*) Eingeweiht 1702. Der Erbauer, Joseph Avis, ein Quäker, zahlte am Tage der Eröffnung die Summe zurück, die er bei dem Bau verdient, denn er wolle sich nicht an dem Golde bereichern, das zur Errichtung eines Heiligthums bestimmt gewesen sei. Picciotto S. 57.

†) Zu Anfang des Jahrhunderts traten mehrere angesehene Familien portugiesischer Abstammung zum Christenthum über.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Geldstrafe für die Nichtannahme eines Amtes als Schuldposten stand. Er weigerte sich diese zu bezahlen, erklärte sich aber bereit, seine gewöhnliche Gemeindesteuer zu entrichten. Die ganze Sache scheint bis März 1817 in der Schwebe geblieben zu sein; jetzt erhielt der Verfasser der „Amenities of Literature" neue Rechnungen und Einladungen zu Sitzungen. Diese Maßregel erbitterte ihn und er drang jetzt darauf, daß sein Name aus der Liste der Synagogenmitglieder gestrichen werde. Doch wurde sein Austritt erst später von dem Vorstand anerkannt. Als er nämlich 1821 sich die Geburtsatteste für sich und seine Familie erbat, zögerte man mit der Erfüllung dieser Bitte, da die Synagoge noch Forderungen an ihn habe. Diese Schuldangelegenheit wurde dann in der Weise erledigt, daß Diraeli die Steuern bis 1817 mit 40 Pfund 17 Schill. entrichtete und der Vorstand seine Forderung in Bezug auf die Geldstrafe fallen ließ. Jetzt wurde Disraeli's Austritt anerkannt und die gewünschten Atteste ihm ausgestellt.

Sein Sohn Benjamin, der jetzige Premierminister, wurde am 21. Dezember 1804 geboren. (Voss. Ztg.)

Aus dem Gerichtssaal.

—h— **Posen,** 21. September. [Schwurgericht.] Heute kamen zwei Anklagen wegen versuchten Todtschlags zur Verhandlung. Die erste derselben ist gegen den Wirth Johann Plenzler aus Lassek gerichtet. Der Angeklagte ist 27 Jahre alt, Landwehrmann und bisher noch nicht bestraft. Am 21. Februar 1876 hatte der über die Waldungen des Grafen Dzieduszicki die Aufsicht führende Förster Stanislaus Bruckwiecki den Bahnwärter Nisiak zu Lassek besucht. Auf seinem Heimwege sah er gegen 9 Uhr Abends auf der Stelle, wo ein nach Lassek führender Feldweg den Bahndamm, welchen Bruckwiecki entlang ging, kreuzte, einen mit einer Flinte bewaffneten Mann, welcher bald den erwähnten Feldweg verließ und in das Gehöft des Wirthes Majer in Lassek eintrat. In dem Glauben hier einem Holzdiebstahl auf der Spur zu sein, folgte der Förster dem Manne nach; letzterer jedoch wandte sich um und gab auf seinen Verfolger einen Schuß ab. Der Förster, welcher an beiden Beinen verwundet war und heftige Schmerzen spürte, ging nach Hause und zog hier aus dem einen Beine fünf, aus dem andern zwei Schrotkörner. Am andern Morgen fühlte er sich soweit hergestellt, daß er zu dem Angeklagten, denn diesen hatte er in dem mit Flinte bewaffneten Menschen, in dem Augenblicke, als er sich umwandte, erkannt, hinbegab und ihm Vorhaltungen über seine That machte. Plenzler bestritt jedoch jede Betheiligung seinerseits, kam aber noch am Nachmittag desselben Tages zu dem Förster mit einer Flasche Branntwein und äußerte: „Na wir werden wohl einig werden über diese Sache". Diese vom Angeklagten angestrebte Versöhnung kam denn auch insoferne zu Stande, als der Förster mit dem Angeklagten zusammen die Flasche Branntwein austrank. Plenzler giebt zu, auf den Förster geschossen zu haben. Er erzählt, daß er an jenem Tage bei seinem Bruder Joseph Plenzler und dem Wirth Johann Liviecki in Wiorek gewesen und von Wiorek gegen 10 Uhr Abends fortgegangen sei, nachdem er sich vorher von seinem Bruder eine Flinte geborgt habe. Der Arbeiter Andreas Schmidt habe ihm nämlich erzählt, daß mehrere Arbeiter ihm, dem Angeklagten, auflauerten. Als er nun auf dem Nachhausewege aus dem Walde herausgekommen sei, habe er sich von einem fremden Manne, in welchem er den Förster nicht erkannt habe, verfolgt gesehen. Anfangs sei er gelaufen, dann aber, als er seine Kräfte schwinden fühlte, habe er sich umgewandt und aus Angst auf seinen vermeintlichen Verfolger geschossen. Die Anklage hält diese Erzählung des Angeklagten für unglaubwürdig. Einmal sei derselbe nicht um zehn Uhr, sondern um acht Uhr von seinem Bruder fortgegangen und dann habe der Arbeiter Andreas Schmidt die angebliche Aeußerung gar nicht gemacht. Mit dem Förster sei der Angeklagte um neun Uhr zusammengetroffen und habe denselben erkennen müssen, weil es sternhell gewesen sei und der Schnee leuchtete. Nach Behauptung der Anklage hat Plenzler die Flinte nicht zum Schutze für sich mitgeführt, sondern um dieselbe zum Wilddieben zu benutzen. Derselbe sei als Wilddieb bekannt und stehe auch gegenwärtig wegen unberechtigten Jagens in Untersuchung. Im Winter vorigen Jahres sei der Angeklagte fast täglich bei der Weichenstellerfrau Emilie Neumann in Lassek gewesen und habe dort seine Flinte geladen. Als ihn einmal die Neumann fragte, ob er nicht Angst habe, beim Wilddieben ertappt zu werden, habe er geantwortet: „So dumm werde ich nicht sein, mir Jemand ankommen zu lassen, den schieße ich über den Haufen". Eine ähnliche Aeußerung habe der Angeklagte auch gemacht, als er einen Hasen, welchen er am 7. Januar geschossen aber nicht gefunden hatte, mit dem Hunde zu suchen ausging und die Neumann ihn wiederum fragte, ob er denn keine Furcht habe. Der Hilfsweichensteller Gottlieb Haupt habe außerdem den Angeklagten oft auf der Jagd betroffen. Die Geschworenen verneinten, die ihnen vorgelegte Frage, ob der Angeklagte schuldig sei, den Entschluß einen Menschen zu tödten durch Handlungen bethätigt zu haben, welche einen Anfang der Ausführung enthalten und sprach demgemäß der Gerichtshof den Angeklagten von der Anklage des versuchten Todtschlags frei.

Die zweite heut verhandelte wegen desselben Verbrechens gegen den Wirth Jacob Heigelmann, 59 Jahr alt, Vater von 9 Kindern und bisher nicht bestraft, erhobene Anklage basirt auf folgenden Thatsachen. Die Jakob und Justine Heigelmann'schen Eheleute leben schon seit längerer Zeit in Unfrieden, welche durch fortwährende Trunkenheit des Ehemannes, in welcher derselbe alle Gegenstände, welche ihm unter die Hand kommen zertrümmert und seine Frau mißhandelte, verursacht ist Die Wuthanfälle, in welche der Angeklagte während seiner Trunkenheit gerieth, waren so ernstlich, daß seine Frau sich fürchtete, mit ihm zusammen zu schlafen und in der letzten Zeit die Nächte in Scheunen und Ställen zubrachte. An einem Donnerstage den 8. Juli d. J. kam Heigelmann wieder betrunken nach Hause und wollte seiner Frau mit einem eichenen Pfahl in die Brust stoßen. Die Frau wehrte jedoch den Stoß ab und sperrte den Trunkenen mit Hülfe ihres siebenzehnjährigen Sohnes in den Keller ein, aus welchem er jedoch dem Angeklagten nach ungefähr einer Stunde zu entkommen gelang. Die Frau lief nun aus Angst fort und blieb die Nacht vom 8. zum 9. Juli, den darauf folgenden Tag und die zweite Nacht von Hause fort. Als sie am 10. Juli Morgens um 4 Uhr endlich zurückkehrte, öffnete der Angeklagte die Thür und griff nach seiner Flinte, welche auf dem Stubenbalken lag. Die Frau entfloh nun auf die Straße und hörte während des Laufens einen Schuß hinter sich fallen. Derselbe traf sie jedoch nicht; nur ein Schrotkorn hatte ihr die Kopfhaut geritzt. Als sie sich umwandte, sah sie ihren Mann mit angelegtem Gewehr in der Hausthüre stehen. Ein Theil der Schrotladung ging in einen 1½ Fuß von der Frau Heigelmann sich befindlichen Holzklotz. Der Angeklagte gesteht die Vorgänge des 8. Juli zu, behauptet aber, daß der Schuß, welchen er am 10. Juli des Morgens abgab, keineswegs seiner Frau gegolten habe, daß derselbe vielmehr ein Ausdruck seiner Freude darüber gewesen, daß er zwei Tage vorher glücklich aus dem Keller, in welchen man ihn eingesperrt hatte, entkommen sei. Der richterlich eingenommene Augenschein hat ergeben, daß die Schußlinie von der Hausthür nach der Einfahrt des Gehöftes, in welcher Richtung die Frau Heigelmann geflohen war, vollständig frei ist. In dem erwähnten Holzblock fand man acht Spuren von eingedrungenen Schrotkörnern, von denen man vier herausgehackt hat. Auch in diesem Falle verneinten die Geschworenen die Schuldfrage und wurde der Angeklagte von der Anklage des versuchten Todtschlages freigesprochen.

Vermischtes.

* **Altona,** 20. September. Das neue Stadttheater unter Direktion Pollini wurde heute Abend mit einem Prolog von Zeise und Göthe's: „Egmont," feierlich eröffnet. Das überaus elegante Haus war ausverkauft. Die Vorstellung fand lebhaften Beifall. (Fdbl.)

Briefkasten.

B. in P. Die Geschworenen haben sich vielleicht zu einer Begnadigungskommission konstituirt, welche nach dem Grundsatze verfährt: „Allen Sündern sei vergeben."

X. X. Ob Sie ungestraft Menschen anschießen dürfen? — Schießen Sie nur nicht — über das Ziel hinaus!

A. H. in P. Die drei Einheitsmittel Deutschlands sind Holz, Kohle und Torf. Sie scheinen das Einheitsen mit solchen Kalauern zu lieben.

M. L. in P. Jedenfalls wird Derjenige, der außer einem konzessionirten Schankgeschäfte noch eine besondere Bierhandlung (Bierdepot) besitzt und betreibt, zwiefache Gewerbesteuer zu zahlen haben, als Bierschänker und als Kaufmann. Es ändert an diesem Verhältnisse Nichts, wenn auch beide Geschäfte örtlich mit einander verbunden sind.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 22. September. Der Unterstaatssekretär Schuhmann im Staatsministerium wird demnächst aus dem Staatsdienst scheiden.

(Privatdepesche der Posener Zeitung.)

(Unterm 20. d. theilte der „Staatsanz." mit, daß Se. Majestät der König Herrn Schuhmann den Charakter als Wirkl. Geh. Rath mit dem Prädikate „Excellenz" verliehen habe. — Red. d. Pos. Ztg.)

Breslau, 22. Septbr. Der Altkatholiken-Kongreß wurde heute mit einem feierlichen Gottesdienst in der Corpus-Christikirche eröffnet, Bischof Reinkens ist anwesend.

Karlsruhe, 22. Sept. Der Staatsminister Jolly hat seine Entlassung eingereicht. Dieselbe soll angenommen worden sein.

Wien, 22. September. Die „Politische Correspondenz" theilt nach authentischer Information mit, daß in der Angelegenheit der Mediation eine Einigung der Großmächte auf Grundlage der Propositionen des englischen Kabinets soeben erzielt wurde. In Folge dessen wird die auf Wiederherstellung des Friedens abzielende diplomatische Aktion der Großmächte in den nächsten Tagen in Konstantinopel eröffnet. Anderseits sind die Bemühungen neuestens auch in erhöhtem Maße auf die Herbeiführung eines formellen Waffenstillstandes gerichtet. Der österreichische Botschafter in Konstantinopel, Zichy, wurde angewiesen, in dringlicher Weise bei der Pforte in der letzterwähnten Richtung zu wirken.

Rom, 22. Septbr. Der Minister Melegari empfing das Komité zur Unterstützung der Slaven in der Türkei und äußerte sich dabei: die Regierungen haben bezüglich der Friedensverhandlungen folgende Grundlagen für nothwendig erachtet: der Status quo ante für Serbien und Montenegro; neue Institutionen für die insurgirten Provinzen, welche ein friedliches Nebeinanderleben der verschiedenen Racen und Religionen gestatten; die Verpflichtung seitens der Türkei das Verhältniß dieser Racen durch Heranziehung muselmännischer Kolonisten nicht zu alteriren. Der Minister fügte hinzu, der Türkei bleibe die volle Verantwortung für die verübten Gräuelthaten, doch sei die Hoffnung begründet, daß der Waffenstillstand eintreten werde, welcher den Friedensabschluß erleichtern würde.

Petersburg, 22. September. Der „Regierungsanzeiger" veröffentlicht ein Telegramm aus Livania vom 21. d., wonach der Kaiser bei bester Gesundtheit wie gewöhnlich bis Ende des November in der Krimm seinen Aufenthalt behalten wird. Damit werden alle Gerüchte von der früheren, angeblich schon gegen den 27. d. zu erwartenden Rückkehr des Kaisers aus Petersburg sowie die daran geknüpften Vermuthungen, welche eine frühere Rückkehr mit den politischen Verwickelungen in Verbindung brachten, hinfällig.

Petersburg, 22. Sept. Der „Golos" spricht sich über die Erhaltung des europäischen Friedens mit großer Zuversicht aus, weil Deutschland, Rußland und England in der Orientfrage einig seien. Das „Journal de St. Petersbourg" äußert sich ebenfalls friedlich und anerkennend über Milan, der das Pronunciamento zurückgewiesen hat.

Bukarest, 22. Septbr. Ein Dekret des Fürsten verordnet, daß die unterm 12. Mai suspendirte Rekrutirung für die rumänische Armee mit dem 13. d. wieder aufzunehmen und am 13. Nov. zu beendigen sei.

Neue Westpreussische Mittheilungen.

(Marienwerderer Zeitung)

Die „**Neuen Westpreußischen Mittheilungen**" haben sich trotz der kurzen Zeit ihres Bestehens (4. Jahrgang) doch schon aller Orten in der Provinz und den umliegenden Kreisen zahlreiche Freunde durch die Gediegenheit und Mannigfaltigkeit ihres Inhalts zu erwerben gewußt. Von Tag zu Tage hat die Zahl der Abonnenten derart zugenommen, daß die **Neuen Westpreußischen Mittheilungen** bereits jetzt als eines der verbreitetsten Blätter der Provinz bezeichnet werden dürfen.

Dieses freundliche Entgegenkommen seitens des Publikums ermöglicht es dem Verleger, die **Neuen Westpreußischen Mittheilungen** vom 1. Oktober c. ab zunächst **4 Mal** (statt dreimal) in demselben Umfange **zu demselben Abonnementspreise wie bisher** erscheinen zu lassen.

Die „**Neuen Westpreußischen Mittheilungen**" werden mit dem Beginne des nächsten Quartals am **Dienstag, Donnerstag, Sonnabend** und **Sonntag** Morgens ausgegeben werden. Der Postversand wird derart erfolgen, daß die **Neuen Westpreußischen Mittheilungen** in die Hände der meisten auswärtigen Abonnenten noch am Vormittage des Ausgabetages gelangen.

Die „**Neuen Westpreußischen Mittheilungen**" werden sich nach wie vor bei sorgfältigster Redaktion die rascheste Mittheilung des Wissenswerthesten und Neuesten auf allen Gebieten angelegen sein lassen; sie werden in dieser Aufgabe auch ferner durch zahlreiche und bewährte Mitarbeiter in noch größerem Maße wie bisher unterstützt werden.

Die „**Neuen Westpreußischen Mittheilungen**" bringen Leitartikel, politische Nachrichten, Lokales, Provinzielles, Courszettel, telegraphische Depeschen 2c.

Außerdem erhalten die Abonnenten zur Sonnabendnummer **gratis** ein

Unterhaltungs-Blatt,

welches in anerkannter Weise für eine angenehme, leichte Lectüre sorgt.

Der Abonnementspreis der „**Neuen Westpreußischen Mittheilungen**" beträgt **nur**: für Marienwerder 1 Mark 50 Pfg., bei allen Kaiserlichen Postanstalten 1 Mark 80 Pfg.

Inserate (12 Pfg. pro 4gespaltene Zeile) finden die wirksamste Verbreitung.

Zu recht zahlreichem Abonnement ladet ergebenst ein

Marienwerder. **Expedition: Kanter**'sche Hofbuchdruckerei.

Die Treibriemen-Fabrik von

Georg Siegert, Breslau

empfiehlt **unter Garantie** der **größten Haltbarkeit**, für trockene Räume:

Leder-Treibriemen aus Ia Kernleder, für feuchte oder nasse Räume:

Gummi- und Guttapercha-Treibriemen,

zu soliden Preisen und ist zu Kosten-Anschlägen gern bereit.

Die **National-Zeitung** erscheint in unveränderter Tendenz täglich 2mal in einer Morgen- und Abend-Ausgabe.

Tägliche politische Leitartikel, eingehende Besprechung aller politischen Fragen, briefliche und telegraphische Correspondenzen von allen Punkten beider Hemisphären, ein **reichhaltiges Feuilleton** in Originalarbeiten der besten literarischen Kräfte und die den **Geld-, Effekten-** und **Waaren-Markt** betreffenden regelmässigen Berichte werden dem Leser in gewohnter Weise ein vollständiges Bild aller dieser Gebiete geben.

Die **wirthschaftlichen Verhältnisse** sind in solcher Weise in den Vordergrund des allgemeinen Interesse getreten, dass wir uns entschlossen haben, denselben in nächster Zeit eine noch eingehendere Aufmerksamkeit zu widmen. Namhafte Schriftsteller haben uns in dieser Richtung ihre Unterstützung in Aussicht gestellt, u. A. Herr Geheime Rath **Reuleaux**, der uns eine Fortsetzung seiner so viel Aufsehen erregenden Weltausstellungsbriefe, sowie eine **Reihe von Artikeln** zugesagt hat, welche die **gesammte Lage der deutschen Industrie** und die in ihr aufgetauchten **socialen Fragen** einer eingehenden Untersuchung unterziehen werden. Für diese Artikel, die im nächsten Quartal in unserer Zeitung erscheinen werden, hat die National-Zeitung das alleinige Recht des Abdruckes erworben.

Geneigte Bestellungen auf die National-Zeitung für das vierte Quartal wolle man möglichst frühzeitig machen. Der Abonnementspreis beträgt bei sämmtlichen Postämtern des deutschen Reichs 9 Mark pro Quartal, für Berlin bei der unterzeichneten Expedition und den Zeitungsspediteuren 6 Mark 75 Pf. (excl. Botenlohn).

Insertionen finden durch die National-Zeitung die ausgedehnteste Verbreitung.

Berlin, im September 1876.

Expedition der National-Zeitung.

Schuttzucker à Pfd. 43 Pf., besten Dampfcaffee täglich frisch à 1,30, 1,50, 1,60, Raffinade in Hut à 44 Pf., sowie Jom Kipper, Altar-Lichte empfiehlt en-gros & en-detail.

W. Moses, Breitestraße 23.



en gros. en detail.

Petroleum Kochmaschinen

(Flach- und Rundbrenner)

unter Garantie der Geruchlosigkeit sowie die dazu passenden Geschirre empfiehlt

S. J. Auerbach,

Posen.

Zeichnungen und Preise gratis.

Süsse ungar. Cur-Weintrauben, sowie Pfirsiche zum Einmachen empfängt täglich.

A. Cichowicz.

Frische

Kieler Speckbücklinge

empfiehlt

S. Samter jun,

Wilhelmsplatz.

Gerste

kauft bei guter Waare und zeitgemäßen Preisen

Die Posener Actien-Brauerei

Feldschloß.

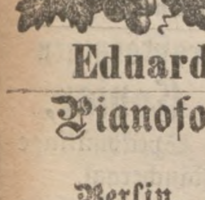
Drainröhren und Thonsteine,

bester Qualität empfiehlt die Dampfziegelei von

Paul Cohen,

Comptoir: Lindenstraße 3.

Gozdara bei Mogilno hat **100 Stück gut ausgefleischte starke Hammel** zum Verkauf. Bahnhof ½ Meile entfernt.



Grünberger Weintrauben

nun zu empfehlen. à Bo. Pfd. 30, zur Kur 35 Pf. Ueber **Backobst**, eingel. Früchte, Säfte, Pflaum- und Kirschmus 2c. offerire Preis-Verz. Zur Fortsetzung der Kur mache auf den von mir conserv. sich jahrel. halt und sehr bewährten **Traubensaft** à Fl. 1½ M. ganz besonders aufmerksam. Kuranl. gratis.

Eduard Seidel in Grünberg in Schl.

Pianoforte-Fabrik und Magazin von Carl Ecke,

Berlin, Kaiserstraße 3, **Posen,** Bismarckstraße 7,

empfiehlt ihre in Ton und Bauart anerkannt guten **Pianino's** in eleganter Ausstattung mit eisernem Rahmen: kreuzsaitig, schrägsaitig, gradsaitig in Nußbaum und Polisander, unter Garantie zu möglichst billigen Preisen.

Auch steht ein sehr guter **gebrauchter Flügel** zum Verkauf.



Interims-Stadt-Theater.

Heute Sonnabend, den 23. und Sonntag, den 24. September,

Zwei große Brillant-Vorstellungen im Salon **Böning.**

Großes Zauber-Theater,

verbunden mit den großartigsten Geister- und Gespenster-Erscheinungen.

Kassen-Eröffnung ½7 Uhr. Anfang ½8 Uhr.

Alles Nähere die Zettel.

E. Böning, Professor aus Dresden

Freiwilligen-Examen-Vorbereitung

St. Pauli-Kirchstr. 5.

Neue Curse beginnen 4. Octbr

Dr. Theile.

Weichsel-Neunaugen

offerirt billigst

Carl Voigt,

Danzig, Fischmarkt 38.

Bretter-Verkauf.

Dienstag, den 26. Sept., Vorm. von 8 Uhr ab, sollen an der Dampfschneidemühle zu **Eichenhorst** eine Partie 1 Zoll u. ¾ Zoll starke Bretter vom alten Bestande gegen Baarzahlung meistbietend verkauft werden

Die Schneidemühlen-Verwaltung.

Englische innen und außen glasirte Thonröhren zu Brücken, Durchlässen und Wasserleitungen, wie auch Drainröhren in verschiedenen Dimensionen empfiehlt

Posen, d. 19. Sept 1876

J. Krzyżanowski

Beste Oberschlesische

Stein-Kohlen

in **ganzen, halben** und **viertel Waggon-Ladungen** offerirt zu Grubenpreisen und erbittet Aufträge

Emil Weimann,

Posen.

Ein freundliches Landgut

von 150 Morgen Weizenboden, eleganten Gebäuden, große rentable Ziegelei, schönste Gebirgsgegend Schlesiens, in Nähe der Stadt und Bahn, wird auf ein größeres Gut Pr. Posen zu vertauschen gesucht. 30,000 Mark können baar zugezahlt werden. Offerten nimmt **P. F. Rabuske** in **Fraustadt** entgegen.

Gasthof.

Ein frequenter Gasthof in der Stadt ist vom 1. Okt. zu verm. Näheres **Wasserstraße 10** im Restaurant.

Markt 79. 2 Trp. sind 1 oder 2 Zimmer zu verm.

Ein Logis

für 2 Herren Kl. Ritterstr. 1a, im Hofe parterre

Hinterwallischei Nr. 7

sind per 1. Oktober c zwei mittlere Wohnungen im Parterre und zweiten Stock zu vermiethen.

Ein möbl. Zimmer ist zu vermiethen. Solider Preis. **Wasserstraße 2**, 2 Trp.

Mühlenstr. 14

ist die 1. Etg. auch getheilt zum 1. Okt. zu verm.

---

3 Zimmer, Küche, Keller u. Kammer zu verm. **Schuhmacherstr. Nr. 13**

Graben 7

sind verschiedene

Wohnungen und Stallungen

zu vermiethen.

Eine Kellerwohnung

worin seit Jahren ein Viktualien- und Drehrollen-Geschäft betrieben v. 1. Okt. z. v. Gartenstr. 13a.

Tuch zu Damenkleidern

in ff. Qualität u modernen Farben vers. billigst berechnet. Proben kostenfrei.

Wilhelm Klugt,

Sommerfeld u Frankfurt a. O.

Dom. Koninko b. Gondek

sucht einen unverheiratheten deutschen Diener.

Hitze's Kaffe-Haus

Sonnabend, den 23. Sept. Gänsebraten m. Schmorkohl, es ladet ein **Methner** in Jerzyce.

Zur selbstständigen Führung eines kleinen Haushaltes für einen jüngeren Beamten auf dem Lande wird zu sofortigem Antritt eine

Wirthin (Deutsche)

gesucht, welche auch gefl. Umgangsformen besitzt.

Gefl. Off an die Expd. d. **Grätzer Wochenblattes** in Grätz.

Ein j. gebild Mädchen,

noch in Stellung, welches befähigt ist, Kinder bis zu 10 Jahren zu unterrichten, sowie kl. Mädchen die Anleitung in **allen** weibl Handarbeiten zu geben, sucht eine Stelle. Auch würde dieselbe der Hausfrau nach Kräften beistehen. Gefl. Offerten bitte unter R. G. 44 an die Expd. d. Bl zu senden.

Zwei Knaben

finden hinsichtlich mütterlicher Pflege u. guter Beaufsichtigung eine passende **Pension.** Zuv. Empf. durch Herrn Kaufm. **Griebsch**, Neue Straße 1.

Ein **Haushälter**, der in einem Waaren-Geschäft schon thätig war, sucht **Salomon Beck**, Markt 89.

Für mein **Hotel, Colonial-** und **Weingeschäft** suche unter soliden Ansprüchen einen tüchtigen

Commis,

welcher beider Landessprachen mächtig und gute Referenzen besitzt per 1. Okt. Offerten schriftlich.

Hugo Tilsner,

Obornik.

Ein Brenner,

der mit Henze und kontinuirlichem Apparat vertraut ist, und dem auch gute Zeugnisse zur Seite stehen, sucht gleich oder später Stellung.

Näheres ertheilt Herr **W. Grünberg** in Meseritz.

Ein **Lehrling** findet sofort in meiner Manufactur- und Modewaaren-Handlung Unterkommen.

M. Benjamin. Gnesen.

Ein Landwirth

vom Militär entlassen, auch polnisch sprechend, auf größeren Gütern beschäftigt gewesen, auch selbstständig gewirthschaftet, sucht gestützt auf gute Zeugnisse Stellung. Gefl. Off. unter E B 50 Pos. Ztg. erbeten.

Dom. Sobiesiernie

bei **Dombrowka** sind **200 fette Hammel** zu verkaufen.

Die

Lehrlingsstelle

in meiner **Destillation** ist gleich oder auch später zu besetzen.

Jacob Schachmann

Halbdorfstraße Nr. 6.

Ein thätiger

Oekonomie-Inspektor

8 Jahr beim Fach, in der Provinz Posen, Westpreußen, mit guten Zeugnissen, sucht Stellung zum 1 Okt. cr. Fr. Off. E 60 an die Expd. d. Bl

---

Einen verheiratheten oder unverheiratheten

Kutscher

sucht zum 1. Oktober

Findeil,

Srocz͡yn bei Pudewitz

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag, den 24. September, Vorm 8 Uhr Abendmahl. — 10 Uhr: Herr Superintendent Klette. — Nachm. 2 Uhr: Herr Pastor Zehn.

Petrikirche. Sonntag d. 24. Septbr. Vormittags 10 Uhr, Hr. Konsist.-Rath Dr. Goebel. — Nachmittags 2 Uhr, Christenlehre: Herr Diakonus Witting.

St. Paulikirche. Sonntag den 24. Septbr., Vormitt. 9 Uhr, Abendmahlsfeier: Herr Consistorial-Rath Reichard. — 10 Uhr Predigt: Herr Pastor Schlecht.

Freitag den 29. Septbr., Abends 6 Uhr, Gottesdienst: Herr Pastor Schlecht.

Garnisonkirche. Sonntag, den 24. September, Vormitt. 10 Uhr: Predigt: Herr Divisionspfarrer Meinke. — 12 Uhr Sonntagsschule.

Ev.-luth. Gemeinde. Mittwoch, den 27. September Abds. 7½ Uhr; Superintend. Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenannten Kirchen sind in der Zeit vom 16. bis 22. Septbr.:

getauft: 9 männl., 6 weibl. Pers.
gestorb: 9 männl., 3 weibl. Pers.
getraut: 2 Paar.

Heute Sonnabend z. Frühstück frische Wurst m. Schmorkohl und Abends **Eisbeine**, sowie auch jed. Sonnabend wozu ergebenst einladet **Frau Kluge, Wronkerstr. 17.**

Familien-Nachrichten.

Durch die Geburt eines Knaben wurden hoch erfreut.

Isidor Gabriel und Frau geb. **Pick.**

Posen, den 20. Septem.ber 1876

Am 21. Vormittags ¼10 Uhr starb nach langen schweren Leiden meine liebe Frau **Ottilie Knaeul** geb. **Zeiske.**

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag, 5 Uhr vom Trauerhause, Kl. Ritterstr. 6 aus statt.

G. Knaeul.

Heute Abend,

sowie von jetzt ab **alle** Sonnabend Kesselwurst m. Schmorkohl, zum Frühstück **Wellfleisch** bei

Oswald Pohl,

Bäckerstr. Nr. 13.

Heute Abend **frische Wurst** und Montag **Eisbeine** wozu einladet

G. Preuß, Breslauerstr. 32.

Heute Sonnabend Abend

Frische Flaki.

Th. Weber, Breslauerstr. Nr. 18.

Volksgarten-Theater.

Freitag, den 22. und Sonnabend, den 23 September,

Eröffnung der Winter-Saison.

Concert — Gymnastik — Ballet — Pantomimen 2c.

Auftreten der Damen-Luft-Gymnastiker-Troupe: Miß Paula — Mll. Fleurette und Mr. Gertiny.

Auftreten der Gymnastiker-Seiltänzer- und Pantomimen-Gesellschaft William Keffler.

Auftreten der Ballet-Gesellschaft Lederer, der Solo-Tänzerinnen Frl. Geschw. Petrowska und des Balletmeisters Herrn Paul Lederer.

Entrée: 60 Pf, Tribüne 1 Mark. Tagesbillets 40 Pf.

Täglich Vorstellung.

Restaurant Tunnel.

Heute Sonnabend, d 23 Septbr.,

Erstes großes Concert

in dieser Saison

und Wurstabendbrod,

verbunden mit einer **Präsenten-Vertheilung.**

1. Präsent: 1 goldne Anker-Uhr
2. Präsent: 1 elegante Petroleum Lampe.
3. Präsent: 1 Portemonnaie mit Inhalt.
4. Präsent: 1 eleganter Regenschirm.
5. Präsent: 1 Spazierstock.
6. Präsent: 1 komisches Präsent zur allgemeinen Belustigung des Publikums.

Anfang des Concerts 6½ Uhr Abends. Ende 10 Uhr.

Entrée à Person 25 Pf.

Hierzu ladet ergebenst ein

B. Jaensch.

Tanz-Unterricht.

Unsere Kurse beginnen **Anfang Oktober.**

Geschwister Eichberg.

Logen-Saal.

Sonntag, den 24. September 1876, Abends 7 Uhr.

Concert

gegeben von

Frau **A. Schaefer,** geb. **Hansmann**

unter gütiger Mitwirkung des Herrn Musikdirigenten **Gürich**, Herrn Violinisten **Bauer** und einiger geschätzter Dilettanten (Altistin und Pianisten.)

Programme und Billets à 1 Mark sind zu haben bei Hrn **C. Bardfeld.**

Heute **Eisbeine**

bei **Oskar Meyer**, Halbdorfstr. 2.

Wiener Tunnel.

Heute **Sonnabend**

Eisbeine

in größerer Quantität.

Joseph.

Erholungs-Gesellschaft.

Sonnabend, den 23. September wird das neue Vereinslokal Wilhelmsstr. 13 erste Etage eröffnet.

Der Vorstand.

□ M. 27 IX. 7. A. J. I. □

Heute zum Abendbrod: **Frische Kesselwurst & Schmorkohl**

bei **F. Buttel,**

Neustädtischer Markt 10.

Jeden Sonnabend von früh 9 Uhr an

Frische Wurst & Schmorkohl

bei **A. Rauscher.**

Heute von 10 Uhr ab wieder jeden Sonnabend **frische**

Semmel- & Leberwürstchen

bei **J. Gross,**

Wilhpl. u. Ritter-Str. 12

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.